Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

06.05.1931 (Nr. 32)

Visual Library

7 Staatsbibliothek Bremen 14/45

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Einzelpreis 20 Pfg.

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26. Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal. Bezugspreis monatlich 1.12 *RM.* einschließlich Bestellgeld. Verlagsort Oldenburg (Oldbg.)

Anzeigen: 10-gesp. Nonpr.-Zeile 0.25, auswärts 0,30 *RM.* Stellengesuche und Fam.-Anz. 0.10 *RM.* Kleine Anz. 0.15 *RM.* Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 32 | Mittwoch | 6. Mai | 1931

Ein voller Erfolg

50 Proz. Stimmzuwachs in Schaumburg-Lippe

Bückeburg. Das Gesamtergebnis der Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe ist nunmehr folgendes (in Klammern die bei der Reichstagswahl 1930 abgegebenen Stimmen):

	Vorläufiges Ergebnis	Reichstagswahl 1930	Verlust oder Gewinn	Sitze bisher
SPD	12 189	13 871	—1 605	7 8
DNVP	2 942	2 598	+ 344	1 (m. L.3)
DVP	1 607	1 872	— 265	1 1
Judo-Dem. (Staatspartei)	1442	1 996	— 554	0 (?) 1
KPD.	1 854	1 193	+ 661	1 —
Landvolk	390	—	—	0 2
NSDAP	**7849**	**5256**	**+ 2593**	**4 0**

Die sonntägliche Wahl in Schaumburg-Lippe zeigt erneut, die nun fast zwangsläufige Entwicklung der politischen Gegensätze in Deutschland, die bald zu einer klaren Entscheidung führen wird. Die Sozialdemokraten haben ihre Stimmen gehalten, die Kommunisten haben sich stark vermehrt, sämtliche bürgerlichen Parteien haben schwere Verluste erlitten und nur die Nationalsozialisten haben selbst gemessen an der Reichstagswahl vom 14. Sept. fast 50 Prozent Stimmenzuwachs erhalten, eine Steigerung, die nur noch die Kommunisten erreicht haben. Auch gewisse Splitterparteien, die im September noch über 2000 Stimmen aufbrachten, sind von der Bildfläche verschwunden. Der **Entscheidungskampf zwischen Nationalsozialisten und Marxisten schält sich selbst in einem so kleinen Ländchen wie Schaumburg-Lippe immer stärker heraus.**

Wenn auch die Sozialdemokraten ihre Machtstellung gegenüber den übrigen Parteien verloren haben, so verhelfen ihnen die Stimmen der Kommunisten doch wieder zur marxistischen Mehrheit. Die Nationalsozialisten haben ihren Stimmenzuwachs in erster Linie der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei und einiger Splitterparteien abgenommen, während die Deutschnationalen gegenüber der letzten Reichstagswahl immerhin noch 500 Stimmen gewonnen haben. **Eine sogenannte Rechtsregierung** wird sich aber trotz des Wahlergebnisses nicht bilden lassen, sondern die große Koalition mit der Volkspartei wird vermutlich als letzte Lösung herausspringen.

Uns aber genügt die Feststellung, daß trotz aller Lügenmeldungen die nationalsozialistische Bewegung aufhaltsam weiter wächst, daß wir mit einem Wort abermals **um 50 Prozent zugenommen haben.**

Pg. Dr. Franzen spricht zur Polizei

Polizeiminister Pg. Dr. Franzen besichtigte vor einigen Tagen in Begleitung des neuen Kommandeurs Oberstleutnant Selle, die braunschweigische Schutzpolizei. In seiner Aussprache führte Pg. Franzen u. a. aus:

Besondere Umstände haben es mit sich gebracht, daß ein halbes Jahr ins Land gegangen, bevor ich zu Ihnen kommen konnte.

Diese Zeit haben meine politischen Gegner weidlich ausgenützt, um ein Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und mir, welches allein die Grundlage unserer gedeihlichen Zusammenarbeit sein kann, von vornherein zu hintertreiben.

Dabei hat man sich sogar zu der dreisten Behauptung verstiegen, daß ich „polizeifeindlich" sei. Dies gibt mir Veranlassung, hier vor Ihnen einmal **grundsätzlich meine Auffassung vom „Polizeidienst" und Polizeibeamten darzulegen.**

Der Polizeibeamte steht in einem Staatsdienstverhältnis ganz besonderer Art. Die Gehorsams- und Treuepflicht der anderen Beamten beschränkt sich im allgemeinen darauf, daß sie ihre Arbeitskraft, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten dem Staate zur Verfügung stellen. Gesundheit, Leib und Leben brauchen sie in der Regel nicht für die Durchführung ihrer Amtsaufgaben einzusetzen.

Anders der Polizeibeamte!

Die Sorge für die eigene Person und Familie, für Gesundheit, Leib und Leben seiner selbst und seiner Kameraden hat für ihn in den zahllosen kritischen Augenblicken des Polizeidienstes grundsätzlich auszuscheiden. Es gibt kein persönliches Lebensinteresse, das der Polizeibeamte dem in seinen polizeilichen Amtspflichten verkörperten Staatsinteresse voranstellen dürfte. **Das Wesen des Polizeidienstes ist durch das höchste Maß an Selbstaufopferung bestimmt, das überhaupt im Staatsdienst denkbar ist.**

Es ist mir ein besonderes Bedürfnis in diesem Zusammenhange vor Ihnen auszusprechen, daß ich in dem halben Jahr meines Hierseins anläßlich schwerer Aufgaben, die Sie zu lösen hatten,

eine durchaus hohe Meinung von dem Pflichtgefühl und der Aufopferungsfähigkeit der braunschweigischen Polizeibeamten gewonnen habe.

Diese Feststellung wollen Sie jedoch nicht als eine bloße Anerkennung werten. Der pflichtgetreue Polizeibeamte muß vom Staate mehr erwarten als bloße Anerkennungen. Wenn der Staat vom Polizeibeamten ein weit höheres Maß an Selbstaufopferung, Gehorsam und Treue fordert, als von den anderen Beamten, so ist der Staat auch verpflichtet, dem Polizeibeamten in höherem Maße die Treue zu halten als seinen anderen Beamten.

Und diese Treueverpflichtung des Staates gegenüber dem Polizeibeamten, zu der ich mich rückhaltslos bekenne, hat ihre Auswirkung zu finden auf dem Gebiet einer angemessenen Fürsorge und ausreichenden Versorgung.

Ich spreche es offen aus, daß auf beiden Gebieten große Unzulänglichkeiten und Härten vorhanden sind. Härten und Unzulänglichkeiten, deren Beseitigung bei der gegenwärtigen ernsten Finanzlage des Staates, wie Sie alle wissen, fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen.

Gleichwohl und gerade deshalb aber muß das Bewußtsein der Treuepflicht sich auch im Staatsleben mehr und mehr durchsetzen. Ich verspreche Ihnen, in meiner jetzigen Amtseigenschaft in dieser Richtung zu tun, was irgend in meinen Kräften steht.

Das unbedingte gegenseitige Treueverhältnis zwischen dem Staat und seinen Beamten kann allein die sichere Grundlage bilden, die für uns in den gegenwärtigen und kommenden Notzeiten von entscheidender Bedeutung werden wird. Lassen Sie uns gemeinsam an der ständigen weiteren Festigung dieses Treueverhältnisses arbeiten — zum Wohle unseres deutschen und braunschweigischen Volkes und Vaterlandes.

Gebt Raum im Osten!

Adolf Hitler über außenpolitische Forderungen.

London. Daily Expreß veröffentlicht eine Unterredung seines Sonderberichterstatters in München mit Adolf Hitler. Der Führer wies auf das rapide Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung hin und sagte, daß Deutschland mit Riesenschritten einem nationalsozialistischen Staat entgegeneilt. Er glaube, so betonte Hitler, daß Deutschlands Interessen in vielen Punkten mit denen Englands übereinstimmen und daß Deutschland deshalb mit England und Italien zusammenarbeiten kann. Der Nationalsozialismus erwartet von England hauptsächlich Streichung der Tribute und freie Hand im Osten. Deutschland darf nicht mehr als Paria unter den Nationen, sondern muß als vollkommen gleichberechtigte Macht behandelt werden. Adolf Hitler gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß es für Deutschland nicht darauf ankommt überseeische Handelsgebiete zu haben, sondern seinen Bevölkerungsüberschuß in den weiten Räumen an den östlichen Grenzen unterzubringen.

Frankreich und wir

Die Zeit ist noch nicht allzu lange her, in der in Frankreich Sonntag für Sonntag einer der führenden Minister das Wort ergriff, um eine neue Hetzrede gegen Deutschland vom Stapel zu lassen. Durch das bedingungslose Entgegenkommen der deutschen Regierung in allen außenpolitischen Fragen, an denen Frankreich interessiert war, kam man von dieser Einrichtung ab, da sie sich als überflüssig erwies. Inzwischen haben sich die Verhältnisse abermals geändert. Durch das starke Anwachsen der Nationalsozialisten, das die letzten Wahlen in Schaumburg-Lippe erneut beweisen, glaubte das Frontsoldatenkabinett Brüning in der Außenpolitik aktiv werden zu müssen, um den Nationalsozialisten das Wasser abzugraben. Vielleicht aber wagte man sich auch aus der einfachen Erkenntnis stärker hervor, daß eben nunmehr in Deutschland eine Opposition lebendig sei, die die Belange des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit zu vertreten gewillt war. Den Schritt, den man auf dem Gebiet der Außenpolitik unternahm, war nicht allzu groß und bei Licht besehen eine Selbstverständlichkeit, schon durch die wirtschaftliche Notlage von Deutschland bedingt. Der Gedanke der Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich wurde mit einer gewissen Forschheit in die Welt gesetzt und vielleicht hat dieser oder jener Kritiker recht, wenn er meint, Form und Gelegenheit dieser Unternehmung seien nicht geschickt gewählt. Uns kommt es allein auf den Inhalt ,d. h. auf die engere Bindung der beiden Länder und in dieser Kernfrage finden wir, wie nicht anders zu erwarten war, in Frankreich einen der erbittertsten Gegner. So haben auch wieder die Sonntagsreden begonnen, wenn auch von neuen Männern gehalten, so doch im alten Stil und es haben leider auch wieder die fast kläglichen Ausflüchte des Auswärtigen Amtes in Berlin eingesetzt, mit denen ängstlich versucht werden soll, den schlechten Eindruck in Paris zu verwischen. Es ist das alte Spiel zwischen Paris und Berlin, Frankreich spielt die Trümpfe aus und Deutschland gibt seine Stiche ab, bis die Partie für uns verloren ist.

Wir unterstreichen diesen Vorgang deshalb so stark, weil wir Nationalsozialisten aus diesem aktuellen Geschehen sehen können, auf welches Gleis eine Außenpolitik gerät, deren stärkste Stütze nicht die nationalen und wehrhaften Kräfte des deutschen Volkes, sondern deren Träger immer wieder in pazifistischen und paneuropäischen Hypothesen schwimmen, die von den Gegnern klar und eindeutig zu persönlichem Vorteil, zur eigenen Sicherheit und zur Niederknüppelung des Gegners klug ausgenutzt werden.

Der französische Ministerpräsident Laval hat in seiner Sonntagsrede wieder einmal die alten französischen Thesen von der Achtung der Verträge, von der Achtung und Würde der französischen Nation und von der Notwendigkeit der deutschen Rüstungseinschränkung aufgestellt und hat in diesem Zusammenhang den Versuch Deutschlands, wenigstens zu einem kleinen Teil seine wirtschaftliche Lage zu bessern, auf das schroffste zurückgewiesen. Wir bestreiten Herrn Laval keineswegs das Recht im Interesse der französischen Nation alles zu tun und zu sagen, was er für richtig hält, aber wir schämen uns für das deutsche Auswärtige Amt, das auf diesen Angriff deutscher Lebensbelange eine klägliche Erwiderung findet, die zweifellos in Frankreich in den maßgebenden politischen Kreisen mit wachsender Genugtuung verzeichnet wird. Während Briand sowohl wie Laval, sich also entschieden gegen die Zollunion aussprechen, redet unser Auswärtiges Amt in seiner sogenannten halbamtlichen Zurückweisung davon, daß sich diese Zollunion durchaus im Rahmen der Paneuropaidee Briands hält, und daß die in der Rede des französischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck kommenden Bestrebungen nach positiver Mitarbeit Frankreichs zu begrüßen seien. Die Notverordnung verbietet uns, hier auch nur eine andeutende Charakteristik für die Verständnislosigkeit in der Wilhelmstraße zu geben und wir sind uns einig mit jedem halbwüchsigen Schuljungen, der in der Geschichte nicht ganz auf den Kopf gefallen ist, daß die positive Mitarbeit Frankreichs an deutschen Lebensbelangen für uns Deutsche gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf sie. Wir haben diese positive Mitarbeit von Locarno her in bester Erinnerung, wir haben sie schätzen gelernt bei der Sachverständigenberatung in Paris, der der Youngplan folgte, wir bewundern diese positive Mitarbeit an dem französischen Heeresetat, der sich 1931 auf 14 Milliarden beläuft und wir sehen diese Mitarbeit an dem dichten Festungsgürtel an der französischen Gren-

ze in gutem Beton und Stahl fundiert.

Aber nun werden die Marxisten kommen und sagen, daß es in Frankreich trotz Briand und Laval, die auch Sozialdemokraten sind, immerhin noch andere Parteien gäbe, denen die Internationale und die Völkerversöhnung alles bedeutet. Selbstverständlich gehört diese Behauptung zu dem Lügenrüstzeug unserer marxistischen Parteien, die ja selbst garnicht im Dienst der internationalen Versöhnung, sondern in dem der internationalen Ausbeutung stehn. Vor wenigen Tagen erst hat der Vollsozialdemokrat Paul Boncour, darauf hingewiesen, daß die Führer der sozialdemokratischen Partei Frankreichs die Landesverteidigung als das Höchste darstellen, was sie an das Vaterland bindet. Und für Herrn Crispien, dem Mann ohne Vaterland und Herrn Küster, dem Landesverrat Ehrensache ist, sei bemerkt, daß Paul Boncour weiter sagte:

„Es sei eine Beleidigung der Würde der Arbeiterklasse, wenn man die Bande bestreiten wolle, die sie an das Vaterland selbst in der gegenwärtigen Zeit knüpfte".

Es hieße Pleitegeier in das Gewerkschaftshaus tragen, wollte man immer wieder nachweisen, daß die französischen, englischen oder sonstigen Sozialisten auch nur einen Augenblick die Interessen ihres Landes im Stiche lassen um der Völkerverbrüderung näher zu kommen, und es liegt eine gewisse Tragik in der Erscheinung, daß der idealgesonnene deutsche Arbeiter immer wieder durch gerissene und verlogene Demagogen für diese Utopien gewonnen wird, die praktisch allein auf die Zerstörung Deutschlands, auf die Stärkung unserer Nachbarn hinausläuft, die nur darauf warten, sich die kläglichen Reste des einst so stolzen deutschen Reiches untereinander aufzuteilen.

Für uns Nationalsozialisten aber ergibt sich immer wieder die Forderung, keinen Tag verstreichen zu lassen, an dem wir nicht einen Anhänger der marxistischen Irrlehren von seinem Wahn befreien und ihm das wahre Gesicht des Marxismus aufweisen, der dem internationalen Leihkapital und dem hinter allem stehenden Juden dient.

-art.

*

Die neue Diktatur

In logischer Folgerung entwickelt sich Reichskanzler Brüning langsam aber sicher zum Diktator. Nach Ausschaltung des Reichstags und Einführung der Notverordnung waren immer noch zu viel Minister an der Arbeit und so hat Brüning ein 3-Männer-Kollegium mit Arbeitsminister und Finanzminister gegründet, die nunmehr die staatlichen und sozialen politischen Aufgaben lösen, d. h. ihre Lösung vorbereiten sollen.

Diesen neuen Schritt zur Diktatur des Zentrumskanzlers begründet man mit der bisher immer bestrittenen Tatsache, daß mit **neuen ganz erheblichen Fehlbeträgen** zu rechnen ist, daß z. B. für das Reich **400 Millionen,** für die Länder **300 Millionen Steuereinnahme** ausfallen und daß die Arbeitslosenversicherung weitere **300 Millionen** bedarf. Damit wäre wieder eine Milliarde voll und wenn wir keinen Kreuger finden, so vielleicht einen anderen, der gegen die Aufgabe eines Hoheitsrechtes uns diese Milliarde pumpt.

Außerdem soll der Arbeitslosenversicherungsbeitrag um einhalb Prozent erhöht werden und eine Reform die Leistungen in bestimmten Fällen herabsetzen. Man spricht auch wieder einmal von einer Verwaltungsreform, man redet von Sparmaßnahmen in Reich Ländern und Gemeinden und man will über diese Tilgung der früheren Reichsschulden in einem langsameren Tempo vornehmen, um damit erneut bestimmte Kreise des Mittelstandes vor schwere wirtschaftliche Sorgen zu stellen.

Nachdem man auf der einen Seite viel über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm geredet hat, sollen nun die industriellen Bestellungen vermindert und ein Teil der kulturellen Ausgaben eingeschränkt werden. Nimmt man nun noch kaum mehr ernsthaft bestrittene neue Herabsetzung der Beamtengehälter hinzu, so mag die Reichsregierung mit Ach und Krach über den kommenden Ultimo hinwegrutschen. Aber sie soll nicht glauben, daß im deutschen Volk nicht immer stärker die Ueberzeugung Platz gewinnt, daß mit diesen Mitteln und Mittelchen der vollständige Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft aufzuhalten sei. Solange man bewußt die gesunden, nationalen und bodenständigen Kräfte von der Mitarbeit am Staate ausschließt und glaubt, mit landfremden Elementen, mit Marxisten und jüdischen Banken Deutschland retten zu können, wird 1 Milliarde Fehlbetrag zur anderen kommen, bis der allerletzte Ultimo da ist., über den das Frontsoldatenkabinett nicht mehr hinwegrutscht, sondern in dem sie mit allen Anhängern und Nutznießern verschwindet. Wir werden alles dazu tun, natürlich auf legalen Wegen, daß dieser Tag noch vor der vollständigen Verarmung des deutschen Volkes geschieht, denn der Wiederaufbau der Nation wird um so leichter, je eher damit begonnen werden kann.

Berliner Ausverkauf

Der Berliner Magistrat hat einen Vertrag mit einem inländischen und ausländischen Bankenkonsortium abgeschlossen, wonach die Berliner Elektrizitätswerke A. G. (Bewag) in eine gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft umgewandelt werden und zwar derart, daß der Stadt Berlin nur ein winziger Teil Aktien verbleibt. Bezeichnend für diesen Kuhhandel ist die Tatsache, daß der Erlös aus dem Anteil, den die Stadt Berlin behält **geringer sein wird, als die Summe, die bei einer rationellen Bewirtschaftung der Elektrizitätswerke, hätte ohne Schwierigkeiten herausgeholt werden können.**

Die Ursache, die den Magistrat zu diesen Schritt getrieben hat, liegt in der finanziellen Zwangslage, in der die Stadt Berlin sich augenblicklich befindet. An schwebenden Schulden, deren Fälligkeit im Mai liegt, hat sie 160 Millionen Mark, während sie im Juni 120 Millionen und im Juli 175 Millionen betragen. Groß ist das Entgegenkommen, das die Bank der Stadt Berlin, unter der Bedingung, daß der Vertrag zu Stande kommt, gezeigt hat, welches darin besteht, daß sie eine noch laufende Schuld von 170 Mill. Mark auf 2 Jahre verlängert hat. Außerdem wird bekannt gegeben, daß immerhin noch 120 Mill. Mark Defizit aus dem laufenden Etat besteht, obwohl die Stadt Berlin rund 210 Millionen Mark durch Veräußerung der Elektrizitätswerke erhält. Im übrigen heißt es, daß auch bei den Gaswerken große Schwierigkeiten drohen, sodaß man damit rechnet, daß auch diese Werke vergrößert werden müssen. Das Berliner marxistische System hält sich also nur dadurch, daß es die letzten Sachwerte der Reichshauptstadt verschachert.

Wer bedroht den europäischen Frieden

Im Zusammenhang mit dem belgisch-französischen Geheimabkommen untersucht Raf Verhulst diese Frage in einem längeren Artikel, der in zwei vlämischen Zeitungen „De Noorderklok" (Kapellen) und „De Westvlaming" (Brügge) erschienen ist, und kommt zu folgenden Schlußsätzen:

Die hundert französischen Einbrüche sind vergessen oder werden gar noch unverschämt verherrlicht, aber der eine, einzige Einfall, den die Deutschen machten, um den Ring von Eisen und Feuer zu durchbrechen, den Frankreich, Rußland und England um Deutschland geschlossen hatten, und noch dazu gegen ein Belgien, daß bereits mit Frankreich und England liebäugelte — dieser eine, einzige Einfall wird durch Hunderte von Denkmälern gebrandmarkt! In jedem Dorf soll ein Kriegsmonument errichtet werden!

Doch wo sind die Gedenkzeichen, die Erinnerungen an die Sansculotten? An die Geistlichen, die durch die Franzosen füsiliert oder nach Cayenne geschickt wurden. An den Raub der Assignaten? An die Jungen, die in die Wälder flüchteten und mit Gewalt herausgeholt wurden, um nach allen Schlachtfeldern Europas verschleppt zu werden? Wo?

Hundert Denkmäler für den einen deutschen Einfall! Und kein Denkmal für mehr als hundert französische Einfälle!

So halten sie das Volk dumm! Es soll nicht zur Besinnung kommen. Es soll nicht denken, nicht vergleichen, nicht sehen, nicht hören, nicht sprechen!

Frankreich lügt, daß seine Sicherheit gefährdet wäre; daß es durch Deutschland bedroht sei — und daß darum der Festungsgürtel — auch in Belgien — gebaut werden müsse!

Frankreich ist bewaffnet vom Kopf bis zu den Zehen, und es besitzt auch Gold im Ueberfluß, den Nervus rerum, die Kraft für alles, vor allem die Kraft für den Krieg. Le nerf de la guerre.

Es säet Haß und Zwist in Europa. Es nährt das Feuer der Bosheit gegen Deutschland, besonders in Polen und der Tschechoslowakei, wo die Lunte ans Pulver gebracht werden soll, unter dem Vorwand, daß Deutschland seine östlichen Nachbarn hat angreifen wollen.

Deutschlands Grenzen sind entmilitarisiert, liegen offen. Frankreich besitzt einen gewaltigen Festungsgürtel, der Dutzende von Milliarden kosten dürfte — die Ausfalltore eines Raubstaates.

Frankreichs Kriegsbudget beläuft sich in diesem Jahre auf 14 Milliarden und 200 Millionen.

Frankreich hat ein Friedensheer von 650700 Mann mit 16 000 Offizieren, Polen 300 000 Mann auf Friedensfuß.

Deutschland 100 000 Mann!

Frankreich besitzt 2500 Sturmwagen und Tanks (Italien 250); Polen 100. Deutschland — keine.

England besitzt 1547 Kriegsflugzeuge, Polen 1000 — Italien 1160, Frankreich 4667 — Deutschland keine!

Italien hat 650 große Kanonen, Rußland 600, Polen 426, England 400, Frankreich 1172! und Deutschland? Es darf 22 haben, in der Festung Königsberg!

Aber Deutschland und Italien sind es, von dem man sagt, daß es rüstet, um das arme Frankreich anzufallen, das um Sicherheit fleht.



Mai

7

Donnerstag

Massen-Versammlung

20.30 Casino

Pg. W. Dreher, M. d. R. Ulm:

„Deutsches Erwachen"

Nach dem 1. Mai

Der Marxismus hat es sich nicht nehmen lassen, den 1. Mai zu feiern und damit der ganzen „bürgerlichen Gesellschaftsordnung" zu beweisen, daß die Kampfkraft des „Proletariats" unerschüttert sei.

Umzüge und Kundgebungen können allerdings den Glauben erwecken, daß die Arbeiterschaft noch immer gläubig und fest hinter roten Führern und Gewerkschaften stehen. Man lasse sich jedoch nicht täuschen, denn die „kompakte Masse" beginnt sich bereits aufzulösen. Die NSBO. wächst mit jedem Tag, während z. B. die „Holzarbeiterzeitung" Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, vom 2. Mai 1931 gezwungen sieht, u. a. folgende Ausführungen zu machen: „Die Stürme des Jahres sind nicht spurlos an unserem Verband vorübergegangen. Der Verband hat Mitglieder verloren, und sein Vermögen hat sich vermindert. Die Gesamtzahl der Mitglieder ist von 315 155 am Schluß des Jahres 1929 auf 299 924 Ende 1930 zurückgegangen. Das bedeutet einen Verlust von 15 231 oder 4,8 Proz. „Wenn die Holzarbeiterzeitung" in ihren weiteren Ausführungen, die Ursache der Verluste auf das wirtschaftliche Elend zurückgeführt, mag sie z. T. damit Recht haben, aber zum noch größeren Teil wird die Aufklärungsarbeit der NSDAP. die Ursache sein.

Aufgabe der N. S. B. O. ist es immer wieder, darauf hinzuweisen, daß an dem bestehenden Elend nicht zuletzt auch die Führung der Gewerkschaften schuldig ist! Denn wären sie das, was sie stets vorgeben, nämlich die Interessenvertreter der Arbeiterschaft, dann hätten sie mit der ganzen Stoßkraft ihres Gewerkschaftsapparates den rücksichtslosesten Kampf aufnehmen müssen gegen die Annahme der irrsinnigen, ja verbrecherischen Tributverträge, insbesondere aber gegen den schandbarsten und arbeiterfeindlichsten unter ihnen, den Young-Plan, der ja erst die bisher politische Schuld Deutschlands in eine private festlegte und dadurch den deutschen Arbeiter unter das Joch der internationalen Großkapitalisten brachte.

Wir Nationalsozialisten haben diesen ganzen Spuk satt. Wir lernten aus der Vergangenheit, das eine Befreiung des deutschen Arbeiters nur möglich ist durch restlose Abkehr von dem uns von jüdischen Scharlatanen angedrehten internationalen Marxismus. Diese Erkenntnis in die Arbeiterschaft zu tragen und die Führer der Gewerkschaften, die nur für ihre Existenz streben, zu entlarven, ist unsere Hauptarbeit in den Betrieben.

Lg.

Kleine Nachrichten.

Ein Jude beschimpft Hitler. Der jüdische Polizeipräsident Dr. Weiß-Berlin, erlaubte sich in Riga über die NSDAP. folgendes zu sagen: Der Parteimasse fehlt es an Disziplin, deren sich beispielsweise die Sozialdemokraten rühmen können (!). In der Hauptsache aber fehlt es ihn an Führern (!!). Der Schwätzer (!!) Hitler und der Demagoge (!!) Goebbels können nicht ernst genommen werden (!!!). Wir merken uns das Herr Weiß!

Abel verhaftet! Der Schriftsteller Werner Abel ist in München auf Antrag Adolf Hitlers hin verhaftet worden. Abel behauptete im Prozeß Adolf Hitlers gegen Major a. D. Gräfe-Goldette unter Eid, daß er selbst dabei gewesen sei, wie Hitler von italienischer Seite Geld empfangen habe. Abel wurde nun in München wegen dringenden Verdachtes des Meineids verhaftet.

Hitler und Stennes als Zeugen. Das Schwurgericht Moabit gab im Prozeß gegen Pg. Stief und Kameraden dem Antrag des Verteidigers statt, Adolf Hitler, Hauptmann Stennes sowie den früheren Führer Wetzel als Zeugen wegen des Ueberfalls im Sportpalast Eden für Mittwoch früh zu laden.

Wegen „Gedankenstarrheit" freigesprochen. Der aus dem Landesstrafanstaltsprozeß bekannt gewordene erste Lippische Staatsbeamte, Sozialdemokrat und Präsidialrat Heise, gegen den vor einigen Monaten ein Meineidsverfahren eingeleitet und der auf Grund eines medizinischen Gutachtens wegen „Gedankenstarrheit" von der Anklage des Meineids vom Gericht freigesprochen wurde, ist aus dem lippischen Staatsdienst entlassen worden.

Um die Vollstreckung des Kürtenurteils. Im preußischen Landtag haben Mitglieder der deutschnationalen Fraktion einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, das gegen den Massenmörder Kürten rechtskräftig gewordene Urteil vollstrecken zu lassen. Es wird erklärt, daß eine von links befürwortete Begnadigung des Verurteilten in krassestem Widerspruch zu dem Rechtsempfinden der überwiegenden Mehrheit des Volkes stehen würde.

Wie Krankenkassen wirtschaften. In einer Kleinen Anfrage im Preußischen Landtage lesen wir folgendes: „Der Ortskrankenkassenneubau in Dortmund, der mit 2,6 Millionen Reichsmark veranschlagt worden war, soll infolge einer großzügigen Einrichtung auf 3,2 Millionen Reichsmark zu stehen kommen. Die Folge war, daß die durch die Notverordnung vorgeschriebene Senkung der Kassenbeiträge nicht vorgenommen werden konnten und es erst nach langen Bemühungen gelang, die Beiträge von fünfdreiviertel auf fünfeinhalb Prozent herunterzusetzen. Kommentar überflüssig.

Kampf um die Betriebe

Versammlung N.S.B.O. Bremen.

Die Ortsgruppe Bremen der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation hielt am Montag, dem 27. April, im kleinen Casinosaal eine sehr gut besuchte Versammlung ab.

In großen, klaren Zügen erklärte der Ortsgruppen-Betriebswart, Pg. Ifo Janßen, Zweck und Ziele der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisationen und führte aus, daß die N.S.B.O. berufen sei, einen festen Pfeiler in dem Aufbau der Gesamtorganisation der Partei zu bilden. Im Gegensatz zur KPD. erkennen wir den gewerkschaftlichen Gedanken an. Unser Kampf gilt lediglich dem Geist und dem Bonzentum in den bestehenden Gewerkschaften. Entgegen den Angriffen unserer Gegner konnte Pg. Janßen darauf hinweisen, daß unsere Mitglieder in Hannover aktiv an einem wirtschaftlichen Streik teilgenommen und die N.S.B.O. in der Lage war, ihre Mitglieder weitgehender zu unterstützen, als dies von den Gewerkschaften geschehen ist. — An der nach dem Vortrage folgenden Aussprache beteiligten sich erfreulicher Weise zahlreiche Mitglieder, Beweis für das Interesse und den Willen zur Mitarbeit am Aufbau der Organisation.

Der Abend darf als voller Erfolg der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation gebucht werden. Auch in Bremen marschiert die N.S.B.O.

Alle bisher der N.S.B.O. nicht angehörende Parteimitglieder wollen sich umgehend auf dem Geschäftszimmer der Partei zwecks Aufnahme in die N.S.B.O. melden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle Arbeitnehmer der Partei der N.S.B.O. angehören müssen. Lg.

Zelle Atlaswerke, Bremen.

Am Dienstag, dem 28. April, fand eine gut besuchte Betriebszellenversammlung statt. Der Ortsgruppen-Betriebswart Pg. Janßen hielt ein ausführliches Referat über die Aufgaben der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation. Eingehend wies er auf die Versprechungen der sogenannten „Arbeiterführer" aus der Vorkriegszeit und auf die „paradiesische" Erfüllung der Versprechen hin, wie diese „Arbeiterführer" alles für sich, aber nichts für die Arbeitnehmer erreicht und durchgeführt hätten.

Auch dieser Zellenabend war ein voller Erfolg für die N.S.B.O. Die nach dem Vortrage erfolgten Eintrittserklärungen bisher der Partei Fernstehender zeigten, wie die Worte des Pg. Janßen Eingang in die Herzen gefunden hatten. Nur so weiter, dann ist der Sieg auch in diesem Betriebe sicher. Lg.

Neue Betriebsratswahlsiege

Düsseldorf. Einzug in die Amtsstuben des Systems! Trotz Entlassungsterror neue siegreiche Kandidaturen.

Finanzamt Düsseldorf-Süd, Oertlicher Betriebsrat:

Liste 1 **„Nationale Sozialisten"**	**41**
Liste 2 „Besgen" (schwarz-rot und indifferent)	33
ungültig	2
	76

Bezirksbetriebsrat:

Liste 1 „Z. d. A. und G. d. A."	6
Liste 2 „RdBü." (christlich national)	31
Liste 3 **„Nationale Sozialisten"**	**38**
	75

Diese Behörde, die vor nicht allzu langer Zeit einen wüsten Terror gegen uns Nationalsozialisten inszeniert hatte und mehrere Parteigenossen und Sympathisierende zur Entlassung brachte, nur weil sie für die Liste „Nationale Sozialisten" kandidierten, hat dafür die Quittung bekommen.

Hamburg. Absolute Mehrheit bei der Hamburg-Amerikalinie!

„Trotz Verbot nicht tot!" Den Wahrheitsbeweis dieser Parole hat die N.S.B.O. Hamburg glänzend angetreten. Trotz Verbot aller Parteiveranstaltungen, in die Betriebe konnte der marxistische Polizeigewaltige Hamburgs seine Beamten des Ueberwachungsdienstes und der Exekutive nicht gut schicken! So konnte unser Kampf fortgesetzt werden. Die Organisation der Parteigenossen klappte vorzüglich. Der Ausgang der Wahl bewies es schlagend. Bei rund 80%iger Wahlbeteiligung entfielen von den 975 abgegebenen Stimmen auf

Liste 1 **N.S.D.A.P.**	**511 Stimmen, 6 Sitze,**
Liste 2 Unpolitisch	136 Stimmen, 1 Sitz,
Liste 3 G.d.A. usw.	328 Stimmen, 4 Sitze.

Die Idee des deutschen Sozialismus marschiert somit auch in Hamburg.

Westfalen-Süd. Bei der Maschinenfabrik Wiegand Geitz wählte die Belegschaft einstimmig die Liste Nationale Sozialisten.

In der Metallwarenfabrik H. Timmer wurde unsere Liste ebenfalls einstimmig von der 78 Mann starken Belegschaft gewählt.

Auf Zeche „Freier Grunder Bergwerksverein" erhielten die Freien Gewerkschaften 2 Sitze, während unsere Liste 4 Sitze eroberte.

Bei der Akkumulatorenfabrik Hagen erhielt unsere Liste alle Stimmen und damit 3 Sitze.

Aus dem Siegerland. Grube Glanzenberg vollständig in unserer Hand!

Unser Parteiblatt „Rot-Erde" (Bochum) meldet: „Auf Grube Glanzenberg im Siegerland wurde der Betriebsrat gewählt. Das Ergebnis war folgendes: Unter Tage: Zu wählen waren 4 Vertreter, die sämtlich der NSDAP. zufielen. Ueber Tage: 2 Vertreter kamen in Frage, die dem Christlichen Verband (Zentrum) zufielen. Die Gewählten legten ihre Aemter nieder, da sie nicht mit Nationalsozialisten zusammenarbeiten wollten! Die beiden Ersatzleute gehören wiederum der NSDAP. an. — Sämtliche 6 Sitze der Betriebsvertretung der Grube Glanzenberg sind also in unserem Besitz."

Sachsen. Draht- und Kabelwerke Plauen i. V.: Werksgemeinschaft 2 Sitze, **Nationale Sozialisten 4.** Krankenhaus Plauen i. V.: Freie Gewerkschaften 1 Sitz, **Nationale Sozialisten 3 Sitze.**

Kircheis-Werke Aue: Freie Gewerkschaften 3 Sitze, R.G.O. 2 Sitze, **Nationale Sozialisten 2 Sitze.**

Schlesien. Bleyscharleygrube Beuthen O. S.: Hier wurde unsere Liste zum ersten Male aufgelegt und erhielt **379 Stimmen,** während die Marxisten nur 342 erringen konnten.

Metallwarenfabrik Traugott Weiß, Schmiedeberg:

Sozialdemokraten	28 Stimmen, 2 Sitze,
Kommunisten	4 Stimmen, 0 Sitze,
Nationale Sozialisten	**10 Stimmen, 1 Sitz.**

Diese Erfolge müssen uns in Bremen ebenfalls zu intensivster Arbeit anspornen. Die nationale Arbeitnehmer-Bewegung soll und muß auch hier in allen Betrieben, Kontoren und Aemtern siegen.

Jeder
deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte
gehört in die
Nationalsozialistische Betriebszelle!
Lest das „Arbeitertum"!

Merkwürdige „Einheitsfront"

In Stuttgart wurde kürzlich der Oberbürgermeister neu gewählt. Zu der Wahl waren drei Listen eingereicht und zwar:

Oberbürgermeister Dr. Lautenschläger,
Stadtamtmann Dr. Strölein (Nat.-soz.)
Reichstagsabgeordneter Torgler (KPD.)

Gewählt wurde Dr. Lautenschläger mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Christl.-soz. Heucheldienst und der Wirtschaftspartei.

Der Nationalsozialist Dr. Strölein erhielt die Stimmen der Nationalsozialisten und der Volksrechtspartei.

Was sagt Hugenberg zu der „Einheitsfront."

Wenn die SPD. regiert.

Einer Kleinen Anfrage entnehmen wir:

Ueber unerhörte Zustände in der Kommunalverwaltung der Stadt Clausthal-Zellerfeld berichtet der „Fridericus" in seinem Leitartikel der 2. März-Ausgabe unter anderem:

Die sozialistische Mehrheit habe

1. ihren aus dem Osten zugezogenen Genossen, früheren **Droschkenkutscher** Skarblies zum Direktor der städtischen Sparkasse bestellt. Skarblies der dem Trunk stark ergeben sei, habe durch leichtfertige Kreditbewilligungen die Stadt um 100 000 Mk. geschädigt und sei trotz der Schäden, die er angerichtet habe, nicht haftbar gemacht, sondern „pensioniert" worden;

2. ihren in Bausachen unerfahrenen Genossen Kühn zum Bau-Senator gewählt, der durch verkehrte Maßnahmen beim Wasserleitungsbau in Zellerfeld die Stadt um 260 000 Mk. geschädigt habe.;

3. den Bau von viel zu teuren Beamtenhäusern beschlossen und nachher einen Teil der Hausbaukosten fälschlich als Straßenbaukosten verrechnet.

4. dem Stadtkämmerer und seiner Frau, mehrfach Zuschüsse für Badereisen bewilligt, obwohl sie einer Beamten-Krankenkasse angehörten.

Der von der Regierung bestellte kommissarische Bürgermeister, der frühere Maurer Curtze, habe sich um den Dienst wenig gekümmert.

Diese schweren Vorwürfe veranlassen uns, zu fragen: Ist das Staatsministerium bereit,

1. die Verhältnisse in der Kommunalverwaltung Clausthal-Zellerfeld eingehend zu untersuchen und, wenn die Angaben zutreffen,

2. zum Schutze der Steuern zahlenden Bürger das Erforderliche unverzüglich zu veranlassen?

Ein Zentrumslügner.

In Landau wurde der Chefredakteur der Zentrumszeitung „Der Rheinpfälzer" Dr. Neubauer wegen Verleumdung des Pg. Bürckel zu 150 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte behauptet, daß Pg. Burckel mit den Separatisten in Verbindung gestanden habe.

Man darf auch als patentierter Zentrumsschrift nicht ungestraft verleumden. Man kann wohl eine Zeit lang den ewigen Lügen der Zentrumsblätter gelassen zuschauen; aber hie und da muß mal einer der scheinheiligen Lügner ans Tageslicht gezerrt werden.

Obiger Fall Neubauer erbringt erneut den Beweis für die Wahrheit des Satzes: **Er lügt wie ein Zentrumsblatt!**

Ein „genössisches Vermächtnis"

Der bisherige Berliner Verkehrsdezernent „Genosse" Reuter, der durch den bekannten sozialdemokratischen bürgerlichen Kuhhandel nun als Oberbürgermeister nach Magdeburg berufen werden soll, hinterläßt den Berlinern ein bleibendes „Vermächtnis". Er hat während seiner „segensreichen" Tätigkeit dafür gesorgt, daß sein Andenken nicht vergessen wird — ein wenig rühmliches allerdings! — Neben den 700 Mill. Mark Verschuldung der Berliner Verkehrsbetriebe ist der Name Reuter unlöslich mit dem gesamten Berliner Verkehrsbankerott verknüpft; bei jeder Verkehrszählung und damit Feststellung des Schwindels wird man seiner gedenken.

„Aufstieg der Wirtschaft" unter der Brüning-Regierung.

Vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 haben wir im Reich eine Mindereinnahme an Steuern in Höhe von **1 Milliarde 240,7 Millionen RMk.** gegenüber den **„vorsichtigen Schätzungen"** des demokratischen Finanzministers Dr. Dietrich.

Folgende Mindereinnahmen sind bemerkenswert:

Einkommensteuer minus 365,4 Millionen; Körperschaftssteuer minus 50,1 Millionen; Umsatzsteuer minus 168,8 Millionen; Kraftfahrzeugsteuer minus 30,2 Millionen; Beförderungssteuer minus 44,8 Milli; onen; Zölle minus 183,— Millionen; Tabaksteuer minus 56,9 Millionen; Biersteuer minus 76,8 Millionen; Spiritusmonopol minus 83,4 Millionen; Mineralwassersteuer minus 20.— Millionen.

Zu solchen Finanzkünstlern wie den Demokraten kann natürlich das Volk kein Vertrauen haben. Durch Versprechungen wird man nicht satt. Der finanzielle Zusammenbruch naht unerbittlich, selbst wenn die neudeutschen Parteien mit noch so lügnerischen Versprechungen die Massen für sich zu ködern versuchen.

Soziales Empfinden in Preussen.

Es wurden bewilligt: für Kinderspeisungen in den Volksschulen 720 000 RM., bisher 800 000 RM.; für Schulzahnpflege 30 000 RM., bisher 72 000 RM.; für Bekämpfung der Tuberkulose 760 000 RM., bisher 800 000 RM.; für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 25 000 RM., bisher 50 000 RM. Die Ausgaben für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Krebskrankheit wurden ganz bedeutend herabgesetzt. Bei 4½ Millionen Arbeitslosen macht man, um die Volksgesundheit zu heben, ganz unmenschliche Abstriche am Wohlfahrtsetat.

Nach Abzug der Gehälter und Verwaltungsausgaben bleiben **zur Förderung der Volksgesundheit keine 3 Millionen RM.**

Dagegen hat man im schwarzroten Preußen **8,3 Millionen RM. als Unterstützung an Rennvereine bewilligt.**

Man erkennt die Notwendigkeit des Maulkorbgesetzes vom 28. März 1931. Solche grauenerregenden Wahrheiten dürfen die irregeführten Sozialdemokraten und Zentrümler nicht erfahren.

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

Sektion Westen.

Der Sektions-Führer West ist jeden 1. und 3. Dienstag eines Monats auf der Geschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13, zwischen 7½ und 8½ Uhr abends zu sprechen.

Sektion Habenhausen.

Der Sektions-Führer Habenhausen ist jeden 1. und 4. Dienstag in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Neustadt.

Der Sektions-Führer Neustadt ist jeden Montag und Dienstag abend von 8—10 Uhr in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Mitte.

Sprechstunden des Sektionsführers am ersten und dritten Montag jeden Monats von 20 bis 21 Uhr auf der Parteigeschäftsstelle.

Sektion Findorf:

Der Sektionsführer ist jeden Montag auf der Geschäftsstelle Pelzerstraße, abends von 20 bis 21 Uhr, zu sprechen.

Die Sektions-Versammlung findet am Freitag, den 1. Mai, 20½ Uhr, in Rob. Heidemann's Hotel, Münchenerstraße, statt. Es wird vollzähliges Erscheinen erwartet.

Sektion Schwachhausen: Ersten und dritten Montag von 8 bis 9 Uhr abends auf der Parteigeschäftsstelle.

Sektion Huchting.

Der Sektionsführer ist jeden ersten Montag eines Monats in seiner Wohnung zu sprechen.

S.A. (Sturmabteilung).
Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 9—13 und 15—19 Uhr.
Sonnabends 10—14 Uhr.

N.S. D. Ärztebund.
Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

NSLB. (Nationalsozialistischer Lehrerbund).

Anmeldungen zum Nationalsozialistischen Lehrerbund werden jeden nachmittag (außer Sonnabend) auf der Parteigeschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13, entgegengenommen.

Deutscher Frauenorden.
Geschäftsstelle Pelzerstraße 12-13.
Zusammenkunft alle 14 Tage Mittwochs. — Nächste Zusammenkunft Freitag, 15. Mai. Mitgliedskarte mitbringen.

N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund).
Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Sprechstunden: Gauleiter Mittwochs ab 19½ Uhr, Ortsgruppenführer täglich ab 18 Uhr, Gaupressewart täglich ab 17 Uhr.

Die Geschäftsräume befinden sich jetzt Pelzerstr. 12-13 Hinterhaus 2. Stock. Wir bitten noch um einige Stühle und Tische.

H.J. (Hitler-Jugend).
Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.
Sprechst. des O.G.F. Sonnabend nachm. 17—19 Uhr.

Tretet ein in die SA.

Der Einfluß des Finanzkapitals im Reichstag.

Wir Nationalsozialisten sind Todfeinde des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Wir bekämpfen dieses System, weil es die wirtschaftlich Schwachen ausbeutet, den schaffenden Menschen für seine Arbeit ungerecht entlohnt und den Menschen lediglich nach Geld und Vermögen, statt nach Verantwortung und Leistung wertet. Die Herren von heute haben die größte Gefahr, die ihnen durch den Nationalsozialismus droht, wohl erkannt. Sie haben auch erkannt, daß wir ihre einzigen Gegner sind, die ihnen ernstlich zu Leibe rücken, ganz im Gegensatz zu den internationalen „sozialistischen" Parteien, die sich im kapitalistischen System heute bereits recht häuslich niedergelassen haben.

Zum Beispiel der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, Rechtsanwalt Marum-Karlsruhe, ist Mitglied des Aufsichtsrats der Burbach Kaliwerke A.-G.; daneben finden sich zahlreiche sozialdemokratische Abgeordnete, die bei den privatkapitalistisch aufgezogenen Partei- und Gewerkschaftsunternehmungen insgesamt 33 Aufsichtsratsposten innehaben.

Den Vogel hat zweifellos die Staatspartei abgeschossen, die mit 14 Abgeordneten auf 108 Aufsichtsratssitze kommt. Auf den in der Juteindustrie tonangebenden Parteiführer August Weber (nebenbei Herr auf Löpten) entfallen 34 Aufsichtsratssitze! Der Abgeordnete Fischer verfügt über mehr als 50 Aufsichtsratssitze (Rütgerswerke, Gelsenkirchener Bergbau A.-G. usw.) Auf den Abgeordneten Reinhold entfallen 17 Aufsichtsratssitze. Interessant ist, daß ausgerechnet mit dieser Partei der Jungdeutsche Orden am 14. September 1930 heroischerweise den „Kampf gegen die plutokratischen Mächte" aufnehmen wollte . . .

Die Zentrumsfraktion verfügt über rund 66 Aufsichtsratssitze. Hier herrschen der Großindustrielle Klöckner (Motorenfabrik Köln-Deutz A.-G., Humboldt-Maschinenbau-A.-G. usw.) und der Abgeordnete Bürgers (D.-D.-Bank). Auf Bürgers allein entfallen über 20 Aufsichtsratssitze.

Die Deutsche Volkspartei stellt über 70 Aufsichtsratsposten, der Bankdirektor von Stauß hat davon allein 35 inne. Auch die übrigen Abgeordneten der Volkspartei sind fast ausnahmslos an Aktiengesellschaften interessiert, z. B. der frühere Minister Moldenhauer, der Abgeordnete Kalle (J.G.-Farben), Albrecht (Kaliindustrie), Schifferer (Holsten-Brauerei, Schultheiß-Patzenhofer usw.), Cremer. Dauch, Keinath usw. Fortgefallen ist der Abgeordnete von Paumer (elektr. Industrie), auf den 20 Aufsichtsratssitze entfielen.

Bei der Deutschnationalen Volkspartei hat sich der Bestand an Aufsichtsräten durch den Verlust mehrerer industrieller Abgeordneter verringert. Die DNVP. verfügte im alten Reichstag bei 66 Abgeordneten über ungefähr 55 Aufsichtsratssitze. Hiervon entfielen auf den Abgeordneten Haßlacher (Rheinische Stahlwerke, Vereinigte Stahlwerke, Stahlwerksverband A.-G. usw.) 16 Aufsichtsratssitze, der Rest auf Hugenberg, Reichert, Rademacher und Leopold (Bergbau), Goldacker und Freiherr von Richthofen (Kaliindustrie), Gok (Werftindustrie) und Hampe. Heute verfügt die DNVP. noch über 20 Aufsichtsratssitze, von denen allein 14 auf Hugenberg entfallen.

Artikel 21 der Reichsverfassung sagt bekanntlich: die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen deutschen Volkes. Dieser Satz wirkt geradezu wie Hohn, wenn man sich die Bindungen zwischen Kapital und Volksvertretung einmal genauer ansieht. Wen vertreten diese Herren nun eigentlich? Das deutsche Volk oder irgendeinen kapitalistischen Interessentenhaufen? Es wird eine der Hauptaufgaben des nationalsozialistischen Staates sein, jegliche Bindung zwischen Kapital und politischer Führung radikal zu beseitigen.

Hier liegt auch einer der Gegensätze zwischen uns und den Deutschnationalen, die uns aber nicht hindern, Teilziele mit ihnen gemeinsam zu verfolgen.

Von den Mitgliedern der nationalsozialistischen Fraktion ist niemand Aufsichtsrat einer kapitalistischen Gesellschaft!

Hitler spricht

Am Sonnabend, dem 9. Mai 1931, 20 Uhr

in Delmenhorst

Abfahrt mit Wolters Luxusauto um 19 Uhr ab Domshof.

Preis: Hin- und Rückfahrt 90 Pfg. — Eintritts- und Fahrkarten sind auf der Geschäftsstelle der B.N.Z., Bahnhofstraße 26, zu haben.

Hörsing's Neffe.

Kleine Anfrage des Abg. Kerrl (NSDAP.)

Bei der Staatsanwaltschaft in Göttingen schwebt unter dem Aktenzeichen 3 J 801/27 eine Strafsache gegen den Bautechniker Griebner in Insterburg wegen Betruges, Urkundenfälschung und Unterschlagung. Es soll sich hierbei um einen Neffen des früheren Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, des jetzigen Reichsbanner-Oberführers Hörsing, M. d. L., handeln, der selbst in dieser Sache der Begünstigung verdächtigt sein soll.

Merkwürdigerweise schwebt das Vorverfahren bereits seit über 4 Jahren, ohne daß die Sache von der Stelle kommt. Zwar sind periodisch vom Amtsgericht Osterode am Harz Termine zu Zeugenvernehmungen anberaumt, aber immer wieder aufgehoben. Es ist nicht verwunderlich, daß in den Kreisen der Geschädigten der Eindruck entstanden ist, man wolle das Verfahren hinzögern, um es schließlich im Sande verlaufen zu lassen.

Ich bin bereit, dem Staatsministerium weiteres Material zu unterbreiten und frage an:

Ist das Staatsministerium bereit, den Oberstaatsanwalt in Göttingen anzuweisen, die Strafsache gegen Griebner 3 J 801/27 mit aller Beschleunigung zu betreiben, damit die Hauptverhandlung möglichst bald völlige Klärung bringt?

Fortsetzung der Hunger- und Bankrottausfuhr.

In der nationalen Zeitschrift „Das freie Deutschland" finden wir unter dieser Ueberschrift einen sehr lehrreichen Artikel.

Bei einem Ausfall von 11,5 Proz. sank die Einfuhr um 39 Proz. die Ausfuhr um 25 Proz., d. h. die notwendige Auffüllung der Rohstofflager ist weiter ausgeblieben.

Für die Elendslage Deutschlands sei dabei besonders bezeichnend, daß sich die Reineinfuhr von Rohstoffen und Halbwaren 1931 nur auf 501 Millionen gegen 960 in dem schon schlechten Vorjahre belaufe

Deutschlands Außenhandel im 1. Vierteljahr
(in Millionen Mark)

1929: Einfuhr 3358, Ausfuhr 3052; 1930: 3171 Ausfuhr; Ausfuhr 3222; 1931: Einfuhr 1939, Ausfuhr 2420.

Die mögliche Ausfuhr würde wahrscheinlich nicht viel über 9 Milliarden stehen. (1928 — 12,25 Milliarden, 1929 — 12,5 Milliarden, 1930 — 12 Milliarden, 1931 — 9 bis 10 Milliarden.).

Es sei unmöglich ohne weitere Drosselung der Einfuhr im Jahre 2 Milliarden Tribute und 1,5 Milliarden Zinsen im Ausland abzuführen. Durch die entsprechende Drosselung aber würde die Arbeitslosigkeit auf 7 bis 8 Milliarden erhöht werden.

In den letzten siebeneinviertel Jahren seien 18,5 Milliarden Auslandsanleihen hereingekommen, von denen nur 4 Milliarden der Wirtschaft zugute gekommen seien; alles andere sei für Tribute und Zinsen ausgegeben worden.

Der Schreiber schließt wörtlich: „Das ist das glorreiche Ergebnis der glorreichen Pump- und Erfüllungspolitik. Wir wollen dabei noch nicht einmal hinweisen auf die Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil des hereingenommenen Kapitals heute, wie es so schön heißt, als „fehlgeleitet", d. h. eigentlich als verpulvert anzusehen ist. — Alles, was jetzt offen zu Tage liegt, war vorauszusehen. Aber nicht einmal jetzt, wo es ein Kind verstehen kann, scheint man die einzig mögliche Folgerung daraus ziehen wollen: Die Tribute müssen abgeschrieben werden!"

Sehr recht Palatinus, — unter dem Pseudonym geht der Artikel —, die Herren von heute wollen erst Wirtschaft und Finanzen sanieren und dann die Reparationsfrage in Angriff nehmen. Das Sanieren aber machen Zentrum und SPD. mit ihren bürgerlichen Schleppenträgern durch Steuererhöhungen und Lohnabbau. Sie werden es nicht schaffen. Das Volk merkt die große Lüge der letzten 12 Jahre. Nicht lange mehr und es wird wach, um seine Peiniger zum Teufel zu jagen.

Verantwortlich: Politik (Reichs- und Bremische): Hanskarl von Sichart; für Lokales und Bewegung: Johannes Claus; für Feuilleton: Heinz Wegener; für den Anzeigenteil: C. A. Güldner; sämtlich in Bremen. — Druck und Verlag: Ad. Isensee, Oldenburg. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Stadttheater.

Heute, 20 Uhr, 172. Ab.-Vorst.-
Ende ungef. 22.30 Uhr
Der große Erfolg:
Charleys Tante
Schwank mit musikalischen Einlagen von Brandon Thomas

Donnerstag, 20 Uhr, 173. Ab.-V.
Ende ungefähr 22.45 Uhr
Soldaten
Oper von Manfred Gurlitt

Marie . . . Maria Hartow-Gurlitt a. G.
Freitag, 20 Uhr, Geschl. Vorstellung für die deutsche Bühne e. V.
Sonnabend, 20 Uhr, 174. Ab.-Vorst.
Ein Walzertraum

Herren oder Damen
zum Besuch von Privatkundschaft in Textilwaren (Frühjahrs- und Sommerartikel) per
sofort gesucht.
Guter Verdienst! Offerten unter Nr. H. 93 an die Exp. ds. Bl erbeten.

Deutscher Blütenhonig
10 Pfd. Dose 10.50 RM. } frei Haus
5 Pfd. Dose 5.80 RM. }
Telefon Hansa 40083.
Pg. Hans Schierloh, Habenhausen

St. Pauli Möbelhaus
Speise-, Herren- u. Schlafzimmer, Küchen-, Polster-, Klein- und Einzelmöbel.
Riesen-Auswahl
Staunend niedrige Preise.
Lieferant der Sparzentrale.
St. Paulistr. 10-12

Dentist
Folgmann
jetzt
Breitenweg 3, I Ecke Bahnhofsstraße

Familienanzeigen finden in der B.N.Z. weiteste Verbreitung!

Stellengesuche

Kraftfahrer
sucht Stellung, Führersch. 3b, 4jähr. Praxis, ledig. Angebote unt. G. 92 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

S.A.-Mann
sucht Stellung als Lagerist oder anderer Art. Offerten unter Z. 85 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Handl.-Gehilfe
24 Jahre
sucht Stellung,
am liebsten Tabak- oder Zigarrenbranche.
Offerten unter Y. 84 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Stellenangebote

Routin. Reisedamen
für Priv. Gute Prov. Bei Bewährung festes Gehalt. Angebote an: **V. 168 Postl. Bremen-Horn.**

Nationalsozialistische
Bücher und Zeitschriften
Pelzerstr. 12/13
HITLER, „Mein Kampf".
Geschichte eines Hochverräters.
HITLER „Eine deutsche Bewegung".
So wurde ich Nationalsozialist.
SA. - Dienstthemden und sämtl. SA.-Bedarf stets am Lager
Ortsgruppen Sonderrabatt!

Mietgesuche.

3-4 Zimmer-Wohnung
von Pg. im Zentrum der Stadt gesucht. Offerten mit Preisangabe unt. J. 94 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ehepaar mit 1 Kinde **sucht 2- oder 3-Zimmerwohnung**
mit Zubeh., mögl. Ostertor. Offerten unter D. 89 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

4 Zimmerwohng.
von Pg. gesucht.
Angebote unt. A. 86 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kaufgesuche

Teppich
aus Privathand gesucht. Offerten unter B. 87 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Eichener Bücherschrank
zu kaufen gesucht. Offerten unter C. 88 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Empfehle meine Ochsen- u. Schweineschlachterei
ff. Wurstwaren
Sehr mild ges. Schweinefleisch zum braten und kochen vorzüglich geeignet und preiswert.
Pg. Ernst Steuber,
Haferkamp 79. Tel. Rol. 3877

Nationalsozialist!
Werbe
für dein
Kampfblatt

Farben Lacke
Tapeten
Patentrollos
O. Fröhlich
LANDWEHRSTR. 84

Unterricht.

Englisch Spanisch
Monatlich 3 Mk.
Sprachlehr Arnold
Ansgaritorstrasse 5.

Zu verkaufen.

Sprechapparat
mit 30 Platten billig Angeb. unt. E. 90 an die Geschäftsst. d. Bl.

Feldgrauer
tadellos erh. Militär-Rock billigst.
Angebote unt. F. 91 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Möbel
Speisezimmer 345—735.-
Herrenzimmer 385—925.-
Schlafzimmer 400—775.-
Küchen . . 145—285.-
sowie sämtliche
Einzelmöbel
Grosse Auswahl, billig.
B. Schmidt
Altenweg 4.
Roland 4499.

BAUSPARKASSE
der Sparkasse in Bremen

Die sechste Auslosung findet statt
am 6. Mai, 18 Uhr
im Gewerbehause, Zimm. 1
(Ansgaritorstraße)
Zuteilungsberechtigt sind sämtliche Bausparer, deren Vertrag spätestens am 1. Febr. 1931 begonnen hat und die mit Einzahlungen nicht im Rückstande sind.

Beziehe Dich beim Einkauf auf unsere Inserenten!



Gutschein!
Gültig für Kleine Anzeigen bis 6 Zeilen. Für diesen Gutschein erhalten Sie
eine Anzeige
unter Mieten u. Vermieten, Kaufges., Kaufangebote, Stellenmarkt etc. in der Größe von 6 Zeilen bei Zuzahlung von nur 50 Pfennig.
Gültig bis zum 31. Mai 1931.

Aus Bremen Stadt und Staat

2000 Tabakarbeiter brotlos

Folgen der Notverordnung

In unserer letzten Ausgabe verliehen wir unserer Ansicht über die Auswirkung der neuen Tabaksteuer dahin Ausdruck, daß derartige Maßnahmen zur Zerstörung eines wichtigen Teiles der bremischen Industrie führen müssen. Wie recht wir hatten, beweist, daß die von den Großbetrieben des bremischen Tabakgewerbes im Verfolg der neuen Tabakverordnung des Reichsfinanzministers angekündigten Massenentlassungen von Angestellten und Arbeitern bereits jetzt in erheblichem Umfange angebahnt sind. Etwa 20—25 Prozent der Angestelltenschaft hat in Auswirkung dieser neuen, besonders Bremen schwer schädigenden Belastung ihre Kündigung erhalten. Unter der Arbeiterschaft ist der Prozentsatz der ausgesprochenen Kündigungen erheblich höher. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß die Feinschnitt verarbeitende Tabakindustrie durch die Verordnung völlig lahmgelegt wird und keine Möglichkeit der Weiterbeschäftigung der gesamten Belegschaft besteht. Gleichzeitig wird jedoch darauf hingewiesen, daß die Kündigungen in dem Augenblick rückgängig gemacht werden, wenn das Ministerium eine tragbare Lösung findet. Am Montag ist nicht weniger als insgesamt rund 900 Arbeitern der Firma Brinkmann und mehr als 100 Angestellten in Haupt- und Zweigniederlassungen der gleichen Firma gekündigt worden. Bei der Firma Vogelsang beziffern sich die Entlassungen auf rund 300 Arbeiter, so daß die Kündigungen in anderen Betrieben hinzugerechnet, insgesamt rund 2000 Arbeiter und etwa 150 Angestellte entlassen worden sind.

Anträge zur Bürgerschaft.

Zur kommenden Bürgerschaftssitzung sind von der Fraktion der NSDAP. folgende Anträge eingereicht worden:

Die Bürgerschaft beschließt, der Senat wird ersucht, die Verordnung des alten Rechts betr. die Verheiratung der Polizeibeamten einer Prüfung zu unterziehen und sie dem § 6 des Polizeibeamtengesetzes vom 1. Januar 1931 anzugleichen.

Die Bürgerschaft beschließt, den Senat zu ersuchen, daß mit sofortiger Wirkung für die gesamte Ordnungspolizei freie Straßenbahnfahrt, wie bereits beim Einzeldienst der Fall, gewährt wird.

Schlägerei. Am 1. Mai gegen ½3 Uhr kam es zwischen Leuten unserer S.A. und denen des Arbeitersportvereins in einem Lokal der Altstadt zu einer Schlägerei. Verschiedene Leute beider Gruppen diskutierten über politische Fragen, bei denen die Arbeitersportler es nicht unterlassen konnten, unsere Leute mit Titeln wie Arbeitermörder usw. zu belegen. Plötzlich flogen von Seiten der Marxisten Biergläser an den Tisch unserer S.A. Es entwickelte sich eine allgemeine Schlägerei, bei der auch Bierseidel als Kampfmittel dienten. Verletzt wurden 4 Leute unserer S.A., während der Arbeiter-Sportverein ungefähr 10 Verletzte hatte. Als bald darauf Polizei das Lokal betrat, hatten sich die sportlichen Hauptattentäter bereits verdrückt, so daß die Polizei lediglich einige Personen feststellen konnte.

Das Amt für Leibesübungen teilt uns mit, daß in unserer Notiz „Merkwürdige Ausschreibung" zwei Vorgänge mißverständlich zusammengezogen wurden, wodurch ein falsches Bild entstand. Die Prüfung für Schwimmeister, zu der sich 40 Bewerber gemeldet hatten, ist in durchaus korrekter Form durchgeführt worden. Eine Einstellung von Bademeistern ist zu einem anderen Termin erfolgt und gibt auch zu keiner Beanstandung Veranlassung. Erst die Verkoppelung der beiden Vorgänge hat den Irrtum möglich gemacht.

N.S.B.O. Achtung, wichtig! Alle Parteigenossen, die im Arbeitnehmerverhältnis stehen oder erwerbslos sind, müssen sich im Laufe der Woche auf der Geschäftsstelle einfinden, damit die Parteikartothek geprüft bezw. ergänzt werden kann.

Denkmalsweihe für die im Kriege gefallenen Kraftfahrer. Wenn auch etwas verspätet, so ist es doch gelungen, den im Weltkrieg gefallenen Kraftfahrern ein würdiges Denkmal in Potsdam zu schaffen. Das Hauptverdienst hierbei fällt dem letzten Inspekteur der Kraftfahrtruppen, Generalmajor a. D. Krenzlin, zu, der sich unermüdlich dafür seit Jahren geopfert hat. Die Einweihung des Denkmals findet am 6. und 7. Juni dieses Jahres statt. Das sind Ehrentage für die alte Kraftfahrtruppe. Jeder ehemalige Militärkraftfahrer, gleichviel welcher Formation er angehörte, muß zur Stelle sein. Wer ein Fahrzeug besitzt, komme mit diesem nach Potsdam und bringe andere Kameraden mit. Für billige Unterkunft in der Kaserne Berlin-Lankwitz ist Sorge getragen. Der ADAC. und andere große Kraftfahrer-Verbände unterstützen die Feierlichkeit und empfehlen die Teilnahme. Wer an der vorgesehenen Huldigungsfahrt resp. an der Denkmalsweihe teilnehmen will, erfrage nähere Einzelheiten bei der Vereinigung ehem. Militär-Kraftfahrer, Bremen, Geschäftsstelle: Walter E. Vogel, a. d. Weide 48, Domsheide 209 15. Auf, Ihr Kraftfahrer, zur Denkmalsweihe nach Potsdam, am 6. und 7. Juni 1931.

Die Polizeibeamten-Musikkapelle veranstaltete am 3. Mai 1931 von 11½ bis 12½ Uhr auf Wunsch des Bürgervereins der westlichen Vorstadt ein Platzkonzert an der Bremerhavener Straße-Steffensweg. Leitung: Polizeioberwachtmeister Mecke.

Ein Ueberfall auf SA. gesühnt

20 Kommunisten unter Landfriedensbruchanklage

Bremerhaven. Nach viertägiger Verhandlung ging ein Prozeß gegen 20 Mitglieder der kommunistischen Partei zu Ende, dem Vorgänge vom 7. März zugrunde lagen, als im Tivoli in Osterholz-Scharmbeck eine Versammlung der NSDAP. stattfand. Die Angeklagten stammen zum größten Teil aus Osterholz und Umgebung. Zu der Versammlung im Tivoli waren etwa 100 Nationalsozialisten aus Bremen auf Lastkraftwagen erschienen. Schon vor der Versammlung hatten sich vor dem Lokal zahlreiche Kommunisten und Mitglieder der sozialdemokratischen Partei eingefunden und schon bei der Ankunft des ersten Lastkraftwagens kam es zu Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern. Wie die Angeklagten zu ihrer Entlastung angaben, soll das Auto rücksichtslos in die Menge hineingefahren und vom Wagen herab mit Gummiknüppeln geschlagen worden sein. Die Verhandlung erbrachte jedoch keine Anhaltspunkte für die Behauptungen der Angeklagten. Aus der Menge heraus wurde das Auto mit einem Stein beworfen, der die Windschutzscheibe zertrümmerte. Die Polizei verhinderte dann weitere Ausschreitungen. Auf der Rückfahrt der NSDAP. in Richtung Bremen wurde der Lastkraftwagen ½ Kilometer vor Scharmbeck aus dem Hinterhalt von einem Steinhagel überschüttet, wodurch es unter den S.A.-Leuten zahlreiche Schwer- und Leichtverletzte gab.

Die Anklage wirft den Kommunisten vor, an diesem Ueberfall beteiligt gewesen oder ihn angezettelt zu haben. Gegen 8 Angeklagte lautet die Anklage auf einfachen Landfriedensbruch; sie erhielten je 3 Monate Gefängnis. Der Angeklagte Willy Rehder aus Ströhe, der der Rädelsführer gewesen war und eine führende Stellung in der KPD. in Osterholz innehatte, wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, daß der Tatbestand des Landfriedensbruches als gegeben erachtet sei. Rehder sei als der Führer zu betrachten, der durch ein Zeichen zum Angriff aufgefordert habe und zweifellos die Oberleitung bei dem Ueberfall gehabt habe. Mit allen Mitteln müßten aber solche Auseinandersetzungen, wie sie sich hier ereignet haben, unterbunden werden.

Die Arbeiterzeitung nennt das Urteil politischen Terror gegen die KPD., obgleich erwiesen ist, daß unsere S.A. durch den gemeinen, hinterhältigen Ueberfall hat Blut lassen müssen.

---

61. Tonkünstlerfest. Den dankenswerten Bemühungen des Herrn Schünemann sen., Schatzmeister des Allgemeinen Deutschen Musikvereins, ist es gelungen, die Tagung nach Bremen zu verlegen, was für die Hansestadt Bremen als eine Ehrung anzusehen ist. Seit 1900 hat in Bremen keine ähnliche Veranstaltung mehr stattgefunden, und es erwächst daher für die Einwohnerschaft unserer Stadt aus der Ehre zugleich die hohe und dankbare Pflicht, den Veranstaltungen durch einen vollzähligen Besuch ein wirklich festliches Gepräge zu verleihen, um so an dem großen Werk mitzuhelfen und das Vertrauen auf das musikalische Interesse weiter Kreise Bremens zu rechtfertigen. Die Fülle der vorgesehenen Darbietungen, Opern, Orchesterkonzerte und Chorkonzerte lassen manche genußreiche Stunde erwarten, zumal die Leitung der einzelnen Veranstaltungen in bewährten Händen liegt, die ihre treuen Scharen schon so oft zu rühmlichen Taten aneiferten, so daß Bremens Name auch in der übrigen musikalischen Welt unseres großen deutschen Vaterlandes einen guten Klang hat. Die zahlreichen Uraufführungen moderner Orchesterkompositionen sowie viele der Allgemeinheit noch unbekannte musikalische Neuschöpfungen dürften ein erhöhtes Interesse erwarten lassen. E.

Kunsthalle. Die April-Ausstellung mit den Aquarellen von Chr. Arnold, W. Marquard, O. Schubert und den Plastiken von R. Gangloff wurde am Montag, dem 4. Mai, 19 Uhr, geschlossen. In Vorbereitung ist eine Ausstellung von Werken Bremer Künstler.

Der Kreuzer „Köln" der Reichsmarine wird sich vom 14. bis 17. Mai zu einem mehrtägigen Besuch in Bremen aufhalten. Das Schiff läuft Donnerstag, 14. Mai (Christi Himmelfahrt) gegen 11 Uhr ein und wird im Hafen II festmachen. Das Auslaufen erfolgt voraussichtlich Montag, 18. Mai, 10 Uhr. Donnerstag, 14. Mai und Freitag, 15. Mai, ist das Schiff von 14 bis 17 Uhr zur allgemeinen Besichtigung freigegeben. Am 16. und 17. Mai findet keine allgemeine Schiffsbesichtigung statt. Der Kreuzer „Köln" gehört mit seinen beiden Schwesterschiffen „Königsberg" und „Karlsruhe" zu der nach dem Kriege erbauten sogenannten K-Klasse. Zwei dieser z. Zt. neuesten Schiffe der Reichsmarine — „Königsberg" und „Köln" — unterstehen dem auf Kreuzer „Königsberg" eingeschifften Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte der Flotte, während „Karlsruhe" als Schulschiff Verwendung findet. Kreuzer „Köln" ist auf der Marinewerft Wilhelmshaven in den Jahren 1926—1929 erbaut worden, lief am 23. Mai 1928 von Stapel und wurde als Ersatz für den ausscheidenden alten Kreuzer „Amazone" am 15. Januar 1930 unter dem Befehl des Fregattenkapitäns von Schröder, der als Kapitän zur See auch jetzt das Schiff führt, in Dienst gestellt. Die Länge des Schiffes beträgt 175 Meter, Breite 15,2, Tiefgang 5,3 Meter. Die Besatzung besteht aus etwa 500 Köpfen, davon 26 Offiziere. Die Armierung des Schiffes besteht aus 9—15 Ztr.-Geschützen, Aufstellung in drei Drillingstürmen, 4—8,8 Ztr.-Flak-Geschützen, Aufstellung in zwei Doppellafetten, 12 Ueberwasser-Torpedorohren, Aufstellung in vier Drillingsrohren. Bei einer Höchstleistung der Maschinenanlage von 65 000 P.S. wird eine Geschwindigkeit von über 32 Seemeilen erreicht.

Zuchtprüfung deutscher Schäferhunde. Zum Abschluß der Winter- und Frühjahrsübungen hielt die Ortsgruppe Bremen des „Vereins für deutsche Schäferhunde" (E. V.) am letzten Sonntag auf dem Uebungsplatz am Weserwehr eine Zuchthundprüfung ab. Gemeldet waren hierzu drei Rüden und drei Hündinnen. Fünf Hunde wurden mit Erfolg geprüft und wie folgt bewertet: Vorzüglich: Donar v. d. Fleetrade, Bes. und Führer Herr Schlüter, Mahndorf. Sehr gut: Dreist v. d. Fleetrade, Bes. Herr Dr. Gebert, Bremen, Führer: Zwingermeister W. Becker, Weserwehr. Schlacht v. Coronel, Bes. und Führer Herr Starke, Bremen. Asta v. Hastedter Park, Bes. und Führer Herr Dierks, Bremen. Bella v. Hof Wisloh, Bes. und Führer Herr Röper, Bremen. Einem Rüden mußte das Ausbildungskennzeichen versagt werden, da er im Wesen nicht dem deutschen Schäferhund entspricht. Der amtierende Richter, Herr Otto Schwenk, Rüstringen, zeigte wieder einmal sein großes Können; erkannte er doch klar und deutlich die Veranlagung der einzelnen Hunde. Die technische Leitung, die zufriedenstellend ausgeübt wurde, lag in Händen des Herrn C. Scheide, Häfen 70. Die erweiterte und renovierte Gaststätte machte den Mitgliedern und Besuchern bei dem zeitweise recht unangenehmen Wetter den Aufenthalt äußerst angenehm. Nach der Prüfung waren die Erschienenen noch einige Stunden zur Geselligkeit beisammen. Die Gaststätte ist täglich für die Mitglieder geöffnet. Am 17. Mai ds. Js. findet daselbst eine Ausstellung von deutschen Schäferhunden und Dobermannpinschern statt.

Zum Stahlhelmgau erhoben. Ganz unvorbereitet traf dieser Tage die Stahlhelmkapelle Unterweser aus Bremerhaven in Begleitung von Fackelträgern in Bremervörde ein und nahm kurz vor der Wohnung des Kreisführers Hauptmann a. D. Meyer Aufstellung. Kurze Zeit später erschien der Landesführer des Landesverbandes Niedersachsen des Stahlhelm, Oberstleutn. a. D. Augener aus Bremen mit seinem Stabe. In einer Ansprache teilte der Landesführer mit, daß der Kreis Bremervörde mit Zustimmung des Bundesführers Seldte in Anerkennung der Verdienste um die nationale Bewegung und des beachtenswerten Erfolges des Volksbegehrens im Bezirk Bremervörde, der Stahlhelmkreis Bremervörde zum Gau erhoben worden sei. Es folgte ein Konzert der Stahlhelmkapelle und eine kameradschaftliche Versammlung. Bremervörde hat bekanntlich im Kreise eine Einzeichnungsquote von 73 Prozent erreicht.

Kunstturnstädtekampf Bremen — Hamburg — Braunschweig. Der Bremer Polizeisportverein veranstaltete am Sonntag in seiner Turnhalle einen Geräteturnstädtekampf und hatte dazu die gleichen Mannschaften von Hamburg und Braunschweig geladen. Jeder der beteiligten Vereine stellte eine Riege von sechs Turnern, von denen die fünf besten gewertet wurden, während der sechste als Ersatzmann turnte. Vor gut besetztem Hause und Anwesenheit der Führer der Bremer Turnbewegung begannen die Kämpfe, deren Ergebnis Braunschweig mit 713 Punkten vor Bremen mit 696 und Hamburg mit 691 als Sieger sah. Die besten Einzelleistungen vollbrachten mit je 35 Punkten Drewes-Bremen (Freiübung), Bohm-Braunschweig (Pferd Schw.), R. Reuker-Braunschweig (Reck), mit 34 Punkten R. Reuker-Braunschweig (Pferd Schw.), Gieske-Bremen (Pferd Spr.).

N.S.D.A.P.

Ortsgruppe Bremen

Mittwoch, den 13. Mai 20.30 Uhr

Casino (Gr. Saal)

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1.) Hauptreferat: Pg. Dr. med. von Heymann „Held oder Verbrecher"
2.) Organisation
3.) Kasse
4.) Zeitung
5.) S.-A.
6.) Verschiedenes

Eintritt gegen Ausweis.

Gautag des D. H. V. in Braunschweig

Am Sonnabend eröffnete Gauvorsteher Stolt (Hannover) die Tagung des D.H.V. in Braunschweig mit einer Ansprache, die ohne Beschönigung der gegenwärtigen Wirtschaftslage doch von optimistischem Lebenswillen und zukunftsfroher Arbeitsfreudigkeit erfüllt war, und die mit Stolz der Erfolge des DHV. seit jenem Tage im Jahre 1893 gedachte, an dem mit 23 Handlungsgehilfen der Verband sich gründete, um in ausgesprochener Kampfstellung gegen den Marxismus eine Sammelstätte aller völkisch-sozialen Kräfte im Kaufmannsgehilfenstande zu werden.

In den geschäftlichen Verhandlungen, die dann einsetzten, nahm der Rechenschaftsbericht für die Jahre 1929 und 1930 und die Rechnungslegung für den gleichen Zeitraum einen ausgedehnten Raum in Anspruch. Ohne Scheu wurden Beanstandungen sachlicher und persönlicher Art erhoben, sie wurden aber mit Geschick und Sachlichkeit von der Verwaltung zurückgewiesen. Mit starkem Interesse wurden die Mitteilungen über die Vorbereitungen zur Innsbrucker Tagung der deutschen Kaufmannsjugend entgegengenommen. Mit lautem Beifall wurden die Nachrichten von dem Wachsen des Gaues entgegengenommen, der im Februar um 948 neue Mitglieder zugenommen hat. Der Voranschlag des Gaues für das Jahr 1931, der für Bildungs- und Jugendarbeit fast 20 000 Mark vorsieht, wurde nach längerer Aussprache genehmigt.

Aus den Wahlen sei erwähnt, daß der bisherige Gauvorsteher Stolt einstimmig wiedergewählt und daß zu seinem ehrenamtlichen Stellvertreter der Kreisführer Brünner (Minden) einmütig votiert wurde. Als nächster Tagungsort des Verbandes wurde Bremen bestimmt.

Nach einem Vortrag des Kreisgeschäftsführers H. Schulz-Oldenburg über die „Selbstverwaltung in der Sozialpolitik" und einstimmiger Annahme einer hierauf bezüglichen Entschließung überbrachte von den Ehrengästen

Minister Dr. Franzen

die besonderen Grüße des Braunschweigischen Staatsministerium und verband den Wunsch, daß die bewährten Grundsätze des DHV. sich mehr und mehr im deutschen Volksleben durchsetzen möchten und daß insbesondere die großen Gewerkschaften mit internationalen Beziehungen sich darauf besinnen möchten, daß die Standesgewerkschaft und jeder Einzelne nur leben kann, wenn die Nation lebt und gedeiht, in die er gestellt ist. Es ist durchaus berechtigt und ein natürliches Verlangen, daß der DHV. bei seinem Einstehen zur Nation von der Nation verlangt, daß sie sich für die Forderungen des Kaufmannsgehilfenstandes einsetzt. Diese Verpflichtung der Nation empfindet das Braunschweigische Staatsministerium und wird in dieser Richtung tun, was zur Förderung der Kaufmannsgehilfen in seinen Kräften steht.

Landtagspräsident Zörner

spricht im Namen des Braunschweigischen Landtages. Er selbst sei aus dem Kaufmannsgehilfenstand hervorgegangen. Er hat die Entwicklung der Ortsgruppe Braunschweig des DHV. selbst miterlebt, da er auch durch seine eigene Familie mit dem Kaufmannsstand und dem DHV. verbunden sei. Der DHV. sei die erste völkische Gewerkschaft, die den Kampf kennen gelernt hat. Man kann diesen Kampf als fanatisch bezeichnen. Er kann aber nur Erfolg haben, wenn er so geführt wird. Und da dieser Kampf nicht begrenzt bleibt auf die rein wirtschaftlichen Ziele, sondern darüber hinaus mit vollem Bewußtsein kulturelle Aufgaben aufgenommen werden, die besonders in der Erziehung der deutschen Kaufmannsjugend eine besondere Pflegestätte im DHV. gefunden haben, dann wird jeder wissen, wie wertvoll diese Aufgaben sind.

Mit der Gautagung ist eine sehr umfangreiche

Ausstellung

verbunden, in der neben einigen für den kaufmännischen Beruf notwendigen Hilfsmitteln und neben guten Büchern durch alte Dokumente, Ansichtspostkarten und Plakate, Flugblätter und Photos, Zeitungen und Mitgliedskarten der Kampf und der Erfolg der Braunschweiger Ortsgruppe und die in seinen einzelnen Gruppen und Gilden geleistete Arbeit instruktiv veranschaulicht wird.

Ein deutscher Festabend.

An die geschäftlichen Verhandlungen des Gautages schloß sich ein Festabend, der in seiner ganzen Aufmachung in allen seinen musikalischen, turnerischen und gesangl. Darbietungen, seinen zündenden Ansprachen und in dem vaterländischen Festspiel Zeugnis gab von dem Geist, der im DHV. heimisch ist. Nicht die wirtschaftlichen Belange, nicht das materielle Interesse ist Sinn aller Dinge und Ziel der Verbandsarbeit, sondern die deutsche Seele zu wahren und zu fördern und das Volksganze über den Eigennutz zu stellen. Die vereinigten DHV.-Männerchöre sangen prächtige Lieder aus dem neuerschienenen Lobeda-Singbuch des DHV. Besondere Begeisterung weckte das alte Trutzlied „Wach auf, Du deutsches Reich!", nach dessen letzter Strophe Hans Bechly seine großangelegte, tiefgründige, deutschen Geist und deutschen Gemeinschaftswillen atmende Festrede hielt. Musikalische Darbietungen, alte deutsche Märsche der S.A.-Kapelle und Sprechchöre der DHV.-Jugend, führte über zu dem Vaterländischen Festspiel „Deutsches Hoffen" in 7 Bildern, eingeleitet durch die Ouvertüre zu „Egmont" von Beethoven, ein symbolisches Spiel von Deutschlands Not und Deutschlands Hoffen.

Der ganze Verlauf des Abends bewies die im Verband verkörperte deutsche und völkische Gesinnungsgemeinschaft, die neben den materiellen vor allem den kulturellen Bestrebungen starke Förderung leiht.

Großer Straßenpreis von Bremen. Die D.R.U. veranstaltete am Sonntag auf der 146 km. langen Strecke Bremen—Bassum—Nienburg ein Rennen um den „Großen Straßenpreis von Bremen". Das vom guten Wetter begünstigte Rennen fand 90 Fahrer am Start. Die beste Zeit fuhr Walter Schuhmacher, Hannover, der die Strecke in 4:22 Std. bewältigte. Das Jugendrennen (40 km.) gewann Nickel, Zugvogel in 1:35 Std. Der D.R.U. kann mit diesem Erfolg sehr zufrieden sein.

Polizeibericht. Am Sonntag, dem 3. Mai, machte morgens der am Bauhof beschäftigte Kassierer die Anzeige, daß ihm während der Nacht durch Einbruch drei Geldschrankschlüssel aus der Hose gestohlen worden seien. Die Kriminalpolizei ermittelte die Täter. Es handelt sich um zwei Arbeiter aus der Doventorvorstadt. Sie gaben zu, daß sie durch eine Luftklappe in den Bauhof eingedrungen seien und mit dem, dem schlafenden Kassierer in seiner Wohnung entwendeten Schlüssel, den Geldschrank geöffnet und ihm 6300 RM. entnommen hätten. Das gestohlene Geld konnte bis auf einen kleinen Betrag wieder herbeigeschafft werden.

———

RUNDFUNKPROGRAMM

Gleichbleibende Tages-Einteilung der Wochentage.

Von 5.45 Uhr bis 15.00 Uhr.

5.45 Zeitangabe.
5.50 Wetterbericht und Landwirtschaftsmeldungen.
6.45—8.00 Schallplattenkonzert.
6.55 Wetterbericht.
7.00 Zeitangabe.
8.00 Wetterbericht. Funk der Hausfrau.
12.10 Wetterdienst.
12.20 Börsenfunk.
12.40 (Nur Montags) Bremer Futtergetreidemarkt.
12.55 (Außer Sonntags) Nauener Zeitzeichen.
14.05 Nachrichtendienst.
14.45 Schiffahrtsfunk.
15.00 Börsenfunk.

Donnerstag, den 7. Mai 1931.

6.45 Frühkonzert. — 9.00 In der Reichskanzlei. — 11.00 Ein Dutzend Fragen über das Flugzeug und das Fliegen. — 11.30 Deutschkundlicher Schulfunk. — 12.30 Mittagskonzert des kleinen Norag-Orchesters. — 13.15 Wetterbericht. — 13.20 Schallplattenkonzert. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts. — 16.15 Deutsche Jugendstunde. Um ein Motorrad herum. — 17.10 Aus den Räumen des Hamburger Kunstvereins: Ausstellung „Lehre und Leistung" der Landeskunstschule Hamburg. 17.35 Uebertragung aus den Zuchtanlagen der Deutschen Versuchszüchterei edler Pelztiere in Boberg-Lohbrügge bei Hamburg-Bergedorf: Auf einer Farm für Edelpelztiere. — 18.00 Peter Scher. Gelesen von Karl Pündter. — 18.20 Die bunte Stunde. — 19.00 Von der Deutschen Welle: Englisch für Fortgeschrittene. — 19.25 Unsere Tiere und wir. — 19.55 Wetterbericht. — 22.00 Mudder Mews, Niederdeutsches Drama in fünf Akten von Fritz Stavenhagen. — 22.00 Aktuelle Stunde. — 22.30 Uebertragung auswärtiger Sender. — 23.00 Konzert im Restaurant Ostermann.

Freitag, den 8. Mai 1931.

6.45 Frühkonzert. — 12.30 Mittagskonzert des kleinen Norag-Orchesters. — 13.15 Wetterbericht. — 13.20 Schallplattenkonzert. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts. — 16.15 Vokal-Terzette. — 17.00 Die Sintflut der Indianer. Hörszene von Anna Maria Darboven. — 17.30 Plattdeutsche Stunde. Adolf Sievers und Emil Hecker lesen eigene Dichtungen. — 18.20 Die bunte Stunde. — 19.00 Einführungsvortrag zum Tonkünstlerfest des Allgemeinen Deutschen Musik-Vereins in Bremen. Von Dr. Fritz Piersig, Berlin. — 19.25 Die Geistigen und der Sport. Vortrag von H. Wildung. Schule für Leibesübungen. — 20.00 Aus dem großen Saale der Musikhalle: Schumann-Abend. — 22.00 Aktuelle Stunde. — 22.30 Die Mailänder Scala. — 23.15 Auf den Spuren des Deutschlandliedes.

Sonnabend, den 9. Mai 1931.

6.45 Frühkonzert. — 11.00 400-Jahrfeier der Reformation in Rostock. Ratssitzung zu Rostock am Sonnabend vor Palmsonntag 1531. — 11.30 Festakt im Fürstensaal des Rathauses in Rostock. — 12.30 Mittagskonzert des kleinen Norag-Orch. — 13.15 Wetterbericht. — 13.20 Schallplattenkonzert. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts. — 16.15 Variationen und Paraphrasen. — 17.30 Bücherbörse. Zum Muttertag. — 17.55 Hanseatische Musikforschung. Italien. Musikalisch-literarische Betrachtungen. — 18.35 Plattdüsch Mudder. Gesprochen von Sine Wessels. — 18.50 Die bunte Stunde. — 19.55 Wetterbericht. — 20.00 Aus dem großen Saal der Musikhalle: Stimmen der Völker in Liedern. — 21.15 Der Apotheker, Opera bussa in einem Akt von Joseph Haydn. — 22.10 Aktuelle Stunde. — 22.40 Kleine Unterhaltung des kleinen Norag-Orchesters. — 23.40 Tanzfunk des Scarpa-Orchesters.

Marxistische Irrlehren

Die Lüge von der international-kommunistischen Befreiung der Völker.

Nach der marxistischen Lehre wird der Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Ordnung nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt eintreten, sondern erst **wenn der Kapitalismus seinen Höhepunkt** erreicht hat. So lange ist es **Aufgabe des Kommunismus**, diese Reife zu beschleunigen, d. h. **die Macht des Kapitalismus zu stärken.** Die **planmäßige Vernichtung** des Mittelstandes und der Kampf gegen alle diejenigen, die sich dem Kapitalismus entgegenstellen, liegt dementsprechend ganz im Rahmen der marxistischen Tätigkeit. Im gegebenen Augenblick wird die kommunistische Revolution den bei der Konzentration übriggebliebenen Besitz enteignen und es wird dann die kommunistische Wirtschaft einsetzen. Nach **Ausschaltung des Privateigentums** wird die gemeinschaftliche Wertgewinnung durch die ganze menschliche Gesellschaft einsetzen, nach gemeinsamem Plan und unter Beteiligung aller Mitglieder der menschlichen Gesellschaft. Entsprechend der internationalen Konzentration des Kapitals muß die **kommunistische Gesellschaft internationa**l sein, in ihr wird jede Ausbeutung unmöglich sein, jeder einzelne wird aus Gemeinsinn seine Pflicht tun und eine gewaltige Wertsteigerung wird dann jedem die volle Erfüllung seiner Bedürfnisse bringen. — Dagegen geht die **nationalsozialistische** Auffassung von der Tatsache aus, daß die **Konzentration nicht notwendig** ist, und daß dementsprechend auch die Folgerung der kommunistischen Revolution fortfallen muß. Wir durchblicken vielmehr die **Lehre des Juden Marx** und sehen in ihr den Wunsch, durch die internationale Weltrepublik **die schaffenden Völker** unter die **Knute der jüdischen Ausbeuter** zu bringen, was wir heute ja bereits in Sowjet-Rußland sehen. Für uns Nationalsozialisten ist nicht eine sagenhafte Weltrepublik die Grundlage, sondern entsprechend der natürlichen Sonderentwicklung ein **gerechter, d. h. sozialistischer Nationalstaat. Wir erkennen das Privateigentum an** und es ist unser Ziel, jeden **Volksgenossen** zum **Eigentümer** zu machen, denn wir wissen, daß der Nutzen die stärkste Triebkraft im Wirtschaftsleben ist; es kommt nur darauf an, daß **dem Eigennutz der Gemeinnutz übergeordnet** ist. Die Gemeinwirtschaft ist vielleicht auf einer primitiven Wirtschaftsstufe möglich, mit der Intensität der Wertgewinnung steigt jedoch die private Initiative und ist in einem entwickelten Wirtschaftskörper unentbehrlich. Es ist dann Sache des Staates, **Eigennutz auf Kosten der Allgemeinheit zu verhindern.** Eine gerechte Wertverteilung und in deren Folge eine **soziale Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse** und des wirtschaftlichen Bestimmungsrechtes wird die neue **nationalsozialistische Ordnung** für die Zukun sichern.

An den Kursus schloß sich eine Aussprache über die einzelnen Themen an unter besonderer Berücksichtigung stand auch über diesem Kursus: Wenn jeder Funktionär des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms und der Währungsfragen. Das Wort von Dr. Goebbels seinen Geist ebenso drillt, wie der S.A.-Mann seine Faust, dann werden wir den Marxismus auch geistig k. o. schlagen!

Lux.

Zurück an den Kochtopf.

Mit dieser Parole leitete Dr. Marie Elisabeth Lüders (Deutsche Staatspartei) in den Bremer Nachrichten am 29. Nov. 1930 einen Artikel ein.

Zunächst ist hervorzuheben, daß jede Frau, der einigermaßen der Sinn der nationalsozialistischen Idee klar geworden ist, sich — gerade als Frau — dieser Idee ohne weiteres anschließen muß. Am Kochtopf haben zu allen Zeiten Frauen gestanden im Gegensatz zu denen, die es nicht nötig hatten, nicht kannten und nicht wollten. Und es freute mich, aus eigenen Worten Dr. Marie Elisabeth Lüders am Schlusse ihrer Ausführungen zu hören:

„Wir bitten um freundlichen Nachweis des trauten Heims mit dem wärmenden Herd, auf den wir den dampfenden Kochtopf stellen können, und des Geldgebers, der das alles bezahlt. Dann sind wir sofort bereit, mit beschleunigter Geschwindigkeit an den Kochtopf zurückzukehren". —

Nach dieser herzlichen Bitte wäre doch die beste Schlußfolgerung, unsere Bewegung so tatkräftig zu unterstützen, daß, je eher umso besser, der Zeitpunkt kommen möge, um die unreigenste Sehnsucht wohl der meisten Frauen zu erfüllen. Es ist auch garnicht von der NSDAP. gedacht, die Frau aus ihren Berufen zu verdrängen. Im Gegenteil. Da, wo die Frau vor dem Nichts steht und auf ihrer Hände Arbeit angewiesen ist, wäre doch — wollte man sie verdrängen — der soziale Gedanke geradezu illusorisch, andererseits aber auch verfehlt, wollte man die Dinge belassen, wie sie heute sind, wo Millionen von Frauen und noch mehr Millionen von Männern arbeitslos herumlaufen. Das ist ja gerade das Problem „Zurück zum Kochtopf",: die Frau wieder ins Haus, in ihr Heim, dem Manne Arbeit, damit er der Frau und damit sich selbst eben dieses Heim schaffen kann. Können die Grundmotive klarer sein? Sich dagegen aufzulehnen heißt, sich am Volksganzen versündigen. Ob nun die Frau den ganzen Tag am Kochtopf steht, oder sich in mehr oder weniger Freizeit dem Mann als Mitarbeiterin, Kameradin oder was sonst nicht alles zur Verfügung stellt, darüber macht der Nationalsozialismus jedem einzelnen wirklich keine Vorschriften. Was aber Autorität und Repräsentation — vor allem in Staatsgeschäften — anbelangt, so wirkt es in der Tat weit vertrauenerweckender, wenn beides vom Mann ausgeht. Es gab allerdings eine Zeit, in der es wenig Männer gab, nämlich als sie kämpfend an der Front standen. Daß wir in diesen Zeiten den Mann ersetzt und es auch unter Beweis gestellt haben, daß wir ihn ersetzen können, berechtigt nicht, ihn in dem Augenblick, wo er wieder da ist, beruflich zu bekämpfen. Wirkliche Männerarbeit können wir doch nur ersatzweise leisten. Und offen gestanden war die Emanzipation der Frau so, wie wir sie heute haben, doch nur erst durch den Krieg möglich, als die Männer fort waren. Es wird keine Frau von gesunder Weltanschauung daran denken, sich alle ihre Errungenschaften wieder nehmen zu lassen oder um Aeußerlichkeiten rechten (z. B. um Bubenkopf oder Langhaar, kurzen oder langen Rock.) Aber auch gerade diese gesund empfindende Frau wird es sein, die den Verfall unseres Volkes immer deutlicher sieht und immer klarer erkennt, wie dem abzuhelfen ist. Zwar schreitet die Erkenntnis langsam, aber sie schreitet vorwärts. Alle diese Frauen finden sich zusammen in der nationalsozialistischen Idee — in der NSDAP. Die NSDAP. ist zwar eine Männerpartei und macht den Frauen keine Konzessionen. Trotzdem bildet ein großer Teil ihrer Wählerschaft Frauen. In ihren Reihen steht die wache weibliche Jugend, stehen die Mütter, die um das Wohl ihrer Kinder bangen und jene Frauen, die nicht nach Mandaten schielen, die aber um das Wohl des ganzen Volkes besorgt sind und gleichfalls ihre ganze Kraft hergeben, um dem deutschen Volke, um ihrem Deutschland wieder zu Ehre und Ansehen zu verhelfen. Und einer unserer Führer sagte: „Der Glaube und das Vertrauen dieser Frauen ist nicht passiv, ist nicht Schwäche und Urteilslosigkeit, sondern bewußtes Wollen, dem untrüglichen Empfinden des Herzens entsprungen und damit eine Kraft, die dem Nationalsozialismus mit zum Siege verhelfen wird."

E. H.

Lest und bezieht
die Bremer Nationalsozialistische Zeitung.

Die marxistischen Arbeiterverräter

Seit mehr als Jahresfrist regiert das Brüning-Kabinett, wird in Deutschland die Not verordnet. „Sanierung der Finanzen", „Ankurbelung der Wirtschaft", „Steuersenkung" u. a. m. waren die Programmpunkte der neuen „Rechts"-Regierung im März 1930. Nichts ist davon in den zwölf Monaten übrig geblieben. Das Defizit der Reichsfinanzen wächst durch Ausfall untragbarer Steuern, die Auslandsverschuldung, Verschleuderung deutscher Werte steigt, die Wirtschaftskrise steigt, die Erwerbslosenziffer ist seither um beinahe 2 Millionen gestiegen, neue Steuern wurden rücksichtslos diktiert, erpreßt, die Löhne, Unterstützungssätze, Beamtengehälter gekürzt; als „Aktivum" haben wir dafür eine Reihe von „Notverordnungen" zur Befriedigung des Staatsbürgers.

Die Sozialdemokratie, welche im Wahlkampfe 1930 diesem Brüning-Kabinett Kampf ansagte, ist heute einzige und sichere Stütze des Kabinettes. Mit dieser Politik hat die SPD. nun allen sichtbar die Arbeiterschaft schamlos verraten, wie sie die Jahre vorher die bodenständigen Schichten des deutschen Volkes um parteiischer Interessen willen verschacherte. Ohne Maske stehen die marxistischen Bonzen heute vor der deutschen Arbeiterschaft, sie die angeblichen Kämpfer des Kapitalismus haben ihre Hand zum Lohnraub zu Gunsten der internationalen Hochfinanz gereicht. Es nützt ihnen nichts, wenn sie heute versuchen, diesen Verrat mit der Gefahr des Nationalsozialismus zu bemänteln. Damit richten sie sich selbst, denn nur eine feige Kreatur kann die Rechte eines Millionenvolkes verraten aus Angst vor den eigenen Volksgenossen.

Der deutsche Arbeiter hat gegen den Lohnraub rebelliert, in einzelnen Teilstreiks sein Recht erkämpfen wollen. Auch hier ist die SPD. mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie der Arbeiterschaft in den Rücken gefallen. Sozialdemokratische Mitglieder der Schlichtungskonferenzen haben den Lohnraub für Young gutgeheißen. Der Streik war umsonst, die Opfer der nutzlosen Wirtschaftskämpfe — nutzlos durch marxistischen Verrat — aber lasten schwer auf der deutschen Volkswirtschaft. Ungeheuer ist die Zahl der verlorengegangenen Arbeitstage. Im letzten Vierteljahr 1930 sind es 2.120.320 gegenüber 213.683 verlorene — Arbeitstage im vierten Vierteljahr 1929! Von den 2.120.820 verlorenen Arbeitstagen sind dabei allein 1.963.045 Arbeitstage durch Streiks verloren gegangen, während der Verlust durch Aussperrungen 157.775 Arbeitstage betrug. 93,6 Prozent dieser Lohnkämpfe aber endeten mit einem völligen Mißerfolge der Arbeiterschaft. Das ist der erschreckende Ausgang der heutigen Arbeitskämpfe. Das Ausland frohlockt darüber, denn mit jedem Lohnkampf werden neue Betriebe geschwächt, fallen neue Gebiete des Marktes den fremden Händlern zum Opfer. Systematisch versucht so das ausländische Kapital die Fäden der deutschen Volkswirtschaft in die Hand zu bekommen. Anleihen, Uebereignungen und schließlich völlige Ueberfremdung ist die zwangsläufige Folge. Die katastrophale Wirtschaftsentwicklung aber wird weiteren Lohnraub nach sich ziehen. Ueber 5 Milliarden entzieht man an Tributen, Zinsen usw. heute der deutschen Wirtschaft, die Millionen hungernder Volksgenossen Arbeit und Brot gewähren würden. Hier liegt der Schlüssel deutscher Not.

Wie sie lügen

Die Geschlossenheit der NSDAP. fällt unseren Gegnern allmählich auf die Nerven. Sie lügen nun das Blaue vom Himmel herunter, um die deutsche Freiheitsbewegung zu schädigen. Immer wieder versucht die Judenpresse, einen Keil in unsere Entschlossenheit zu treiben, indem sie über die Führer Lügen verbreiten.

So wird in der Ullstein-Presse die Nachricht verbreitet, daß Gregor Strasser zum Leiter sämtlicher norddeutschen Gaue der NSDAP. und damit zum Vorgesetzten von Dr. Goebbels ernannt worden sei. Desgleichen wird von neuen scharfen Gegensätzen zwischen Hitler und Goebbels berichtet, die nur nach außen hin verdeckt würden. Wie hierzu von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, treffen diese Berichte in keiner Weise zu. Es wird vielmehr betont, daß Dr. Goebbels nach wie vor das volle Vertrauen von Hitler habe. Dies sei auch bei der Münchener Aussprache ausdrücklich festgestellt worden. Die gegenteiligen Meldungen würden lediglich zu durchsichtigen Zwecken von gegnerischer Seite verbreitet. Die Behauptung, daß Hitler sehr wenig entzückt von den Mitteilungen des früheren Polizeihauptmanns Stennes über Goebbels sei, wird gleichfalls als aus der Luft gegriffen bezeichnet, da erwiesen sei, daß die Aeußerungen Goebbels in früheren Aussprachen mit Stennes neuerdings von Stennes gänzlich entstellt wiedergegeben würden.

Kriegsopfer müssen hungern

Es muß wieder einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die einstige bindende Zusage an die Kriegsteilnehmer „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!" unter den heutigen Zuständen restlos nicht gehalten worden ist und daß namentlich die Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenen unter Verhältnissen „leben" müssen, die man kaum noch als vegetieren bezeichnen kann.

Im Jahre 1928 begann man mit dem Abbau der Versorgungseinrichtungen, und zwar gleich bei den Aermsten der Armen, den Kriegerwaisen, denen man 32 Millionen entzog; dieser Betrag wurde trotz gegenteiliger Zusicherungen von seiten der Regierung nicht für Versorgungsangelegenheiten, sondern für „andere Staatszwecke" verwandt. Gleichzeitig strich man an den für Kapitalabfindungen aufgeworfenen Beträgen 25 Millionen; an den Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen nochmals fünf Millionen Mark.

Eine allgemeine Nachuntersuchung der Kriegsbeschädigten im Jahre 1929 führte zur Einbehaltung bisher gewährter Renten in zahlreichen Fällen. Den Höhepunkt der „Sparmaßnahmen" aber brachte das Jahr 1930 mit Herrn Brünings Notverordnungen.

Zunächst einmal defredierte man vom grünen Tische her, daß alle neuen Anträge auf Versorgung grundsätzlich abgelehnt würden. Dann kürzte man über 100 Millionen bei den Versorgungen, davon allein 39 Millionen bei den Kapitalabfindungen. Und schließlich hat man vor, den Versorgungshaushalt in den nächsten Jahren um weitere 60 Millionen jährlich zu senken.

Und dabei lagern allein beim Reichsversorgungsgericht rund 30 000 unerledigte Rekurse, und die Zahl der rückständigen Berufungssachen bei allen deutschen Versorgungsgerichten wird mit 90 000 richtig eingeschätzt werden.

Wir erklären mit allem Nachdruck, daß ein derartiges Verhalten gegenüber den Kriegsopfern einfach eine Tragödie für die betroffenen deutschen Männer und ihre Angehörigen bedeutet! Sie gaben für uns Leben, Glieder und Gesundheit, und deutsche Regierungen knappsen an den überaus kärglichen Versorgungsgebührnissen herum, um zu „sparen" und zu „sanieren". Das ist der Dank des Vaterlandes, das heute von Marxisten und schlappen Bürgerlichen vertreten wird.

Katholizismus und Mussolini

In den Wein der Freude über den Abschluß des Friedens zwischen dem Vatikan und Italien scheint recht heftig Wasser gekommen zu sein. Am vorletzten Sonntag trat der Papst in längeren Ausführungen recht energisch dafür ein, daß die „Katholische Aktion" nicht beschnitten werden dürfe, daß sie in ihrer jetzigen Form gesetzmäßig sei und daß die Teilnahme der Laienschaft am Führerapostolat der Kirche unerläßlich sei, sollte nicht die ganze katholische Aktion ihren Sinn und ihre Lebensberechtigung verlieren. Sie habe überall einzusetzen, wo es um das Problem gut und böse gehe und zwar nicht nur da, wo es den Einzelmenschen beträfe, sondern auch da, wo es sich um die soziale Moral handele. Es gäbe also kein menschliches Gebiet, auf dem die katholische Aktion nicht ihr Arbeitsfeld hätte. (!!! D. B.)

Damit hat der Papst für sich das Recht beansprucht, in allen Dingen mitzureden, auch in der Politik Italiens und damit Mussolinis. Er erhebt damit den jahrhunderte alten Anspruch auf das Primat des Papstes, auf jene erst im Laufe dieser Jahrhunderte gewordene These, der Papst sei in seiner Stellung nur so anzunehmen, daß er über allen Fürsten und Mächten der Welt stehe. Mussolini und der Faschismus hat darauf noch nicht geantwortet, aber seine Stellung ist durch die Diskussion zwischen der italienischen Presse und dem „Osservatore Romano", dem vatikanischen offiziellen Blatt bekannt, als ablehnend. Aber auch ohne all das, wäre eine andere Stellung Mussolinis gar nicht möglich. Es ist einfach für jede politische Staatsleitung eine Unmöglichkeit, sich in ihrer Arbeit so weitgehend bemuttern und gängeln zu lassen, wie es hier von päpstlicher Seite angedeutet wird. Sie würde zum puren ausführenden Organ herabsinken, alle Autorität einbüßen und damit im Leben ihres Volkes schwere Schäden herbeiführen. Eine Politik der nationalen Erstarkung und eines sozialen Ausgleichs, kurz eine richtige Volkspolitik, wäre damit kaum durchzuführen. Das Bewußtsein, das Damoklesschwert in Form eines päpstlichen Vetos dauernd über sich zu haben, würde sich lähmend über alles breiten.

Aus diesem Grund ist schließlich das römische Konkordat abgeschlossen worden, um eindeutig festzulegen, wieweit der Staat die Freiheit der Religion gewährleistet und schützt und wieweit er andererseits die Grenze festlegt, an der er seine eigenen Hoheitsrechte gewahrt wissen will. Es ist nicht uninteressant, sich heute die Rechtsmittel anzusehen, mit denen der Papst seinen Standpunkt verteidigt. Hierher gehört aus dem Konkordat der

Art. 43.

Der Italienische Staat erkennt die der Katholischen Aktion Italiens unterstehenden Organisationen an, soweit sie, nach der Anordnung des Heiligen Stuhles selbst, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei und in unmittelbarer Abhängigkeit von der kirchlichen Hierarchie zur Verbreitung und Verwirklichung der katholischen Grundsätze entfalten.

Der Heilige Stuhl benutzt die Gelegenheit des Abschlusses des Konkordates, um für alle Geistlichen und Ordensleute in Italien das Verbot zu erneuern, sich bei irgend einer politischen Partei einzuschreiben und zu betätigen.

Es leuchtet sofort ein, daß die Abfassung Gabe und Gegengabe ist. Der Vatikan bekommt das Recht, seine katholische Aktion zu betreiben. Dem Katholizismus (der Staatsreligion ist) wird der Weg frei gemacht, das religiöse Empfinden des italienischen Volkes zu bilden und zu führen. Daneben aber hat Mussolini die staatlichen Rechte sehr stark gesichert. Jede politische Partei scheidet aus, ja die Geistlichkeit ist vollkommen aus der Politik ausgeschieden und dem Laien ist eine Betätigung innerhalb der katholischen Aktion nur erlaubt, wenn er auf religiösem Gebiet unmittelbare Befehle der höheren Geistlichkeit ausführt. Es ist damit jede Einmischung der Kirche in die Staatspolitik ausgeschaltet. Heute aber behauptet der Papst, der Katholischen Aktion stehe das Recht zu, sich auf jedem Gebiet unter der Führung der Hierarchie zu betätigen und damit beginnt langsam der Kampf um die Frage: „Papst oder Cäsar".

Für uns Deutsche ist das Problem sehr interessant. Wissen wir doch aus unserer Geschichte, wie verheerend die Theorie des „Römischen Kaisers Deutscher Nation" sich ausgewirkt hat. Ströme deutschen Bluts sind darum geflossen, bis sich der religiöse Fanatismus in einem 30jährigen Krieg müde fraß. Bei uns muß die Frage Staat und Kirche eine ganz besonders sorgfältige Behandlung erfahren, da wir auch auf diesem Gebiet einen Zwiespalt klaffen sehen, der sich weder durch Kampf mit dem Wort noch mit dem Schwert, noch durch die vergangenen 400 Jahre hat überbrücken lassen. Sie kann nur angegangen werden vom nationalen Gedanken in dem die Fürsorge für alle Deutschen inbegriffen ist, von dem Standpunkt, der Mensch neben Dir ist Deiner Art, Deines Blutes. Weil er das ist, deshalb bringst Du auch für ihn die brüderliche Liebe auf, ihn auf diesem ihn ganz allein betreffenden Gebiet der Religion mit allem Herzenstakt zu behandeln, dessen Du fähig bist.

Wenn auch die deutschen Menschen so wollten, so will es die Eigensucht nicht, die sich bei uns im Zentrum personifiziert, bei der Partei, die nach außen ein katholisches Mäntelchen aushängt, um dahinter seine, ach so schwarze und habgierige, Seele zu verbergen. Noch mehr aber muß es jedem rechtlich denkenden Menschen und wirklichen Katholiken zuwider sein, die Männer in die politischen Streitigkeiten verwickelt zu sehen, die ihm dann am Sonntag von der Liebe Gottes predigen sollen. Er vermag dann selbst bei gutem Willen Religion und Politik nicht mehr zu trennen und je mehr Haare er in der letzteren findet, wird er auch damit an seinem Glauben leiden und zu zweifeln anfangen. Diese Erkenntnis scheint auch beim Vatikan vorhanden zu sein, denn der jetzige Papst erläßt folgende Mahnung:

> Es muß vermieden werden, daß die Würde ihres (der Priester, d. R.) Amtes in Parteikonflikten geschmälert wird und jene, welche gegnerischen Parteien angehören, durch den Irrtum getäuscht, von der Religion abfallen.

Es wäre nur zu wünschen, daß der Papst auch hier mit derselben Energie seinen Willen zur Tat umsetzte und uns Deutschen nicht als Eingriff in seine Rechte auslegte, was er anderswo durch seine Unterschrift sanktioniert hat.

„Erfolge" des Fünfjahresplanes

Eine wahre Geschichte aus dem Lande der unglaubwürdigen Wirklichkeit.

Wie die Sowjetpresse berichtet, hat sich auf der Eisenbahnstrecke Taschkent — Moskau folgender Vorfall abgespielt, der für uns zwar unglaublich klingt, für die Zustände aber, die im roten Marxistenparadiese herrschen, um so bezeichnender ist.

Vom Taschkenter Bahnhof geht der aus 2 Lokomotiven und 81 Güterwagen bestehende Zug Nr. 753 ab, dem ehrenhalber der Name Lenins zugeeignet ist. Bestimmungsort Moskau.

Während der ersten 12 Kilometer ist alles in Ordnung, jedoch beim unseligen dreizehnten Kilometer (wie soll man da nicht abergläubig werden?) verliert der Zug die hinteren 35 Wagen, mit Bremsen, Endsignalen und einer entsprechenden Beamtenzahl. Das Unglück wird aber weder von den weiterfahrenden Beamten wahrgenommen, noch, merkwürdigerweise, von den zurückgebliebenen, die offenbar an eine jener plötzlichen Fahrtpausen glaubten, wie sie in dem aufs Niveau anekdotischer Sekundärbahnen gesunkenen sowjetrussischen Eisenbahnverkehr gang und gäbe geworden sind. Der Zug setzt ruhig seine Fahrt fort, kommt am 14. Kilometer an einem Blockhaus vorbei, dessen diensthabender Beamter, obwohl er zweifellos über das bevorstehende Passieren eines aus 81 Waggons bestehenden Zuges informiert ist, das Fehlen von 35 Wagen ebenfalls nicht merkt und dem Zugführer in aller Seelenruhe das Signal zum Weiterfahren gibt. Somit bleibt die übrigens eingleisige Strecke durch 35 Güterwagen gesperrt . . . .

Auf der ersten Station nach Taschkent, wo der Zug vorschriftsmäßig Aufenthalt hat, steigt das begleitende Personal aus, um sein Glas Tee oder Schnaps zu trinken. Da fällt es dem Zugführer unangenehm auf, daß der Zug beinahe um die Hälfte kürzer geworden ist. Was tun? Es wird eine Generalversammlung zusammenberufen, die einstimmig den Beschluß faßt, die Entscheidung in die Hände des Stationsvorstehers zu legen. Ohne sich über die Sache lange den Kopf zu zerbrechen, schlägt nun dieser eine vereinfachte Lösung vor, die allgemeine Billigung findet. An Stelle der abhandengekommenen 35 Wagen soll ein einziger mit Bremse und Endsignal versehener Wagen angekoppelt werden, worauf der Zug seine Fahrt nach der roten Metropole fortsetzen kann. Und die unterwegs verlorenen Waggons? — Nitschewo!

Da der zum Anhängen bestimmte Wagen sich auf einem toten Gleis befindet und das Ueberführen und Ankoppeln sicher eine gute Stunde dauern wird, beschließt das gesamte Zugpersonal, die Lokomotivenführer mit einbegriffen, sich eine nach den anstrengenden Verhandlungen wohlverdiente Erholung zu gönnen und ein Schläfchen abzuhalten, das um so notwendiger ist, als die Debatten reichlich mit Wodka begossen wurden. Während dieser allgemeinen Rast will aber das Unglück, daß ein Weichensteller, der zuvor der Versammlung nicht beigewohnt hat, seinerseits das Fehlen von zwei Fünfteln des Zuges merkt. Anscheinend ist er ein Neuling im Dienste, denn er begnügt sich nicht damit Alarm zu schlagen, sondern benachrichtigt über den Vorfall den Chef der Strecke, der nach mehreren Stunden, von einer Sonderkommission begleitet, in eigener Person auf der Station eintrifft.

Hier bietet sich der Kommission ein rührender Anblick. Ungeachtet des Umstandes, daß der Wagen der die 35 verlorengegangenen ersetzen sollte, schon seit Stunden angekoppelt ist, liegt das gesamte Zugpersonal in tiefstem Schlaf, aus dem es erst nach energischen Bemühungen wachgerüttelt werden kann (Wodka wirkt bekanntlich, in großen Mengen genossen, wie ein Narkotikum). Die Kommission leitet die Untersuchung ein, jedoch bleiben ihre Fragen, wo und unter welchen Umständen der Zug die 35 Wagen verloren hat, unbeantwortet, da ja niemand darüber etwas weiß. Daraufhin wählt die Kommission ihrerseits einen Ausschuß, der eine Lokomotive besteigt und sich auf die Suche nach den Flüchtlingen begibt. Sie werden glücklich gefunden, zur Station gefahren, und nachdem der Zug Nr. 753 wieder zusammengekoppelt ist, setzt er seine Fahrt in Richtung Moskau fort. Allerdings wird sie nach den ersten 5 Kilometern abermals durch den Verlust von 12 Waggons unterbrochen, diesmal merkt man aber das Unglück rechtzeitig und die Wagen werden nach mehrstündigem Aufenthalt herangeholt und angehängt.

Die traurige Lage in der Seefischerei

Rund fünfhundert Seeleute in Emden arbeitslos. — 8 Seeleute nur aus Zwang Kommunisten. — R

Ein nationalsozialistischer Seemann schreibt:

Die schwere Wirtschaftskrise hat sich naturgemäß sehr bald bei der Seefahrt bemerkbar gemacht. Starke Abbaumaßnahmen waren auch in diesem Zweige des Transportwesens die Folge. Es ist dies jedoch nicht allein auf die allgemeine Wirtschaftskrise zurückzuführen, sondern zum großen Teil auf die in den letzten Jahren stattgefundenen Fusionen und Bildungen von Interessengemeinschaften. Hier sei in erster Linie der im letzten Jahre stattgefundene Zusammenschluß der Hapag mit dem Norddeutschen Lloyd zur Interessengemeinschaft erwähnt.

Knapp waren die letzten Verhandlungen zwischen den beiden größten Reedereien Deutschlands abgeschlossen, oder besser gesagt, das große Bankgeschäft zwischen Schröder-Bank Bremen und Bankhaus Warburg Hamburg (Jude), getätigt, als auch schon ein großer Teil der Frachtdampfer beider Flotten auflegte und die Besatzung abmustern mußte. Nun war der Konkurrenzkampf zwischen den beiden Reedereien zum Wohle der Aktionäre, zum Schaden der Seeleute, **der Hafen- und Werftarbeiter, beigelegt.**

Schon in früheren Jahren hatten beide Reedereien einen guten Gewinn zu verzeichnen, bei der letzten Bilanz aber trotz des schlechten Frachtenmarktes eine außerordentlich hohe Dividende ausgeschüttet. Hier wäre es Aufgabe der kaufmännischen und technischen Leitung gewesen, sich zu einer Einheitsfront gegen die ausbeutenden Aktionäre zusammenzuschließen, um den Seeleuten den Verdienst für Weib und Kind zu erhalten.

In Hamburg allein liegen heute **10 000 Seeleute ohne Arbeit** an Land. In unserer Hafenstadt Emden sind es rund 500. Jeder dieser Leute ist bei seiner Meldung auf der seemännischen Heuerstelle, in Emden sowohl als auch in jeder anderen deutschen Hafenstadt, in eine Bewerberliste eingetragen und hat dabei eine Nummer bekommen. In der Reihenfolge dieser Nummern werden die Seeleute bei Anforderung vermittelt, soweit sie anwesend sind. Werden auf einem deutschen Schiff Leute verlangt, so kommt der entsprechende Abteilungschef zum Heuerbaas, der staatlich oder vom „Verband Deutscher Reeder" angestellt ist. Meistens ist der Abteilungschef zugegen, wenn die Leute aufgerufen werden und ihre Seefahrtsbücher und Zeugnisse vorlegen. Er ist dann berechtigt, sich den Mann herauszusuchen, der ihm aus irgendeinem Grunde am meisten zusagt. Versteht man es vielleicht aus diesem oder jenem Grunde, daß eine **derartige Willkür in der Stellenvermittlung** herrscht, so wird man trotzdem bei einigermaßen gesundem Menschenverstand erkennen, daß auch hier ein System herrscht, das im Kleinen der bonzokratischen Parteipolitik der Marxisten und der Bürgerlichen gleicht.

Hat irgendein Kapitän, Offizier oder Maschinist mit einem Mann einen persönlichen Streit gehabt, und will er ihm darum eins auswischen, so sagt er all seinen gleichgestellten Kollegen von anderen Schiffen Bescheid, und schon wird der Mann bei jeder Ausmusterung übergangen. Kommt dieser Fall auch nicht allzu häufig vor, so zeugt es jedenfalls nicht von sehr großem sozialen Empfinden, wenn eines geringen persönlichen Streites wegen einem Menschen derartige Schwierigkeiten gemacht werden.

Ein **besonders krasser Fehler** in der Stellenvermittlung zeigte sich kürzlich in Emden. Vor einiger Zeit legten hier verschiedene Schiffe einer Emder Reederei auf, musterten die Besatzungen ab und nahmen kurze Zeit darauf andere Leute wieder an Bord, um Instandsetzungsarbeiten zu verrichten. Diese Leute arbeiten für monatlich 30 Mark und freie Verpflegung. Als vor kurzer Zeit zwei dieser Schiffe wieder in Fahrt kamen, **Wie die Stellenvermittlung gehandhabt wird. — Viele ettung bringt nur der nationale Sozialismus.** ging der größte Teil der an Bord beschäftigten Leute mit in See, obwohl man annehmen darf, daß die meisten von ihnen keine befahrenen Seeleute sind. Dies wurde auf eine Anfrage jedoch verneint, wie zu erwarten war. Als gegen diese Vorkommnisse von den Seeleuten Einspruch erhoben wurde, erwiderte man, daß gesetzlich nichts dagegen zu machen sei. Eine kleine Beruhigungspille sollte es sein, daß doch **ein** Matrose auf dem Heuerbüro angenommen wurde. Allerdings war er kurze Zeit vorher gesehen worden, als er aus dem Kontor der betreffenden Reederei herauskam. **Es ist besonders zu betonen, daß dieser Mann ungefähr an letzter Stelle in der Bewerberliste stand und erst sechs Wochen an Land war.**

Wie die auf diese Art an Bord gekommenen Leute sich ausnutzen lassen müssen, geht aus folgendem Vorfall hervor: Auf einem Dampfer, der gerade in den Hafen gekommen und dessen Getreideladung feucht geworden ist, werden sämtliche Leute, Matrosen und Heizer, aufgefordert, bei dem Löschen der Ladung am Abend und während der Nacht mitzuarbeiten. Ueberstunden sollten nicht durch Geld, sondern durch den freien Tag vergütet werden. Das ist natürlich nicht der Zweck und Sinn der Ueberstunden für einen Seemann. Die Ueberstunden können nicht durch einen freien Tag, sondern nur durch Geld ersetzt werden, da dem Mann die Zeit eine stärkere Anwendung seiner Arbeitskraft kostet. Diese kann nicht dadurch aufgehoben werden, daß er vielleicht vier bis fünf Tage oder sogar Wochen später einen freien Tag bekommt. Die unter der Hand gemusterten Seeleute, die sogenannten Dreißig-Mark-Arbeiter, erfüllten nun ohne Widerstand das Verlangen, während die vom Heuerbüro gekommenen Leute trotz der Drohung, sie müßten bei Nichtbefolgung abmustern, darauf verzichteten.

Aus den geschilderten Fällen geht zweierlei hervor: Erstens muß unterbunden werden, daß die Leute anmustern können, ohne in die Bewerberlisten eingetragen zu sein, und zweitens müssen die leitenden Herrschaften in der Verwaltung der Reedereien und auf den Schiffen, die zum großen Teil „auch-national" sind, einmal gründlich darüber nachdenken, warum die meisten Seeleute linksradikal organisiert sind.

Daß sich die Kommunisten in ihrem eigenen Neste nicht sicher fühlen, geht daraus hervor, daß sie in einer ihrer Versammlungen selbst zugaben, daß von den 397 Emder Hafenarbeitern, die in der RGO. organisiert seien, nur rund 125 echt seien, während die anderen weder bei den Zusammenkünften anwesend noch für irgendwelche Arbeiten zu gebrauchen sind. Den roten Herrschaften können wir schon heute versichern, daß wir ihre unsicheren Kantonisten für den nationalen Sozialismus gewinnen werden, aber nicht mehr als solche, sondern als Deutsche, die für den Glauben an ein deutsches Vaterland der Schaffenden und an seinen Sieg unter den Fahnen Adolf Hitlers kämpfen werden, ohne zu wanken und zu weichen. Und dann werdet Ihr, die Ihr verführt und nicht früh genug zu uns gekommen seid, bereuen, nicht auch diesen gefolgt zu sein. Dann werdet Ihr Euch vor den Kopf schlagen und sagen: Warum haben wir uns so verblenden lassen und sind nicht eher dem Rufe der Nationalsozialisten, der Kämpfer für Freiheit und Brot, gefolgt?

Deutscher Seemann, bekenne Dich zur Nation, zum deutschen Sozialismus! Reihe Dich ein in die Sturmkolonnen Adolf Hitlers.

Aus der Bewegung

Delmenhorst im Zeichen des Hakenkreuzes.

Die Ortsgruppe Delmenhorst der NSDAP. hat sich durch zähe Kleinarbeit hochgerungen. Die letzten Wahlerfolge, vor allem die Betriebsratswahl auf der Wollkämmerei, sowie das starke Anwachsen des dortigen Sturm 16 haben gezeigt, daß all diese Arbeit nicht vergeblich war, sondern daß es durch diese Werbearbeit tatsächlich gelungen ist, auch weit in die Reihen der Handarbeiterschaft einzudringen. Als Belohnung für diese ausdauernde Arbeit, und gleichzeitig als Auftakt für die kommenden Oldenburger Landtagswahlen, fand nun am letzten Sonntag in Delmenhorst zum ersten Mal ein größerer SA.-Aufmarsch statt. Aus allen Gebieten des Oldenburger Landes waren Abordnungen der einzelnen Stürme erschienen, aus Oldenburg neben SA. und SS. auch die Gau-SA.-Kapelle. — Den Ausländern, d. h. allen Nicht-Oldenburgern, war durch eine Verordnung des oldenburgischen Innenministeriums eine Schwierigkeit bereitet worden, wonach politische Lastkraftwagenfahrten nur den Landeskindern erlaubt sind. Doch Schwierigkeiten sind ja bekanntlich dazu da, um überwunden zu werden, und so wurde auch dieses Hindernis genommen: Der Bremerhavener Sturm 55 kam bis Lemwerder zu Wasser, und von dort aus zu Fuß zusammen mit dem Vegesacker Sturm 48 bis nach Delmenhorst. Die Preußen, die sehr zahlreich aus dem Gau Hannover-Ost vertreten waren, fuhren bis an die Landesgrenze mit Lastkraftwagen und nahmen dann das letzte Ende ebenfalls zu Fuß.

Wir Bremer hatten aus der Not eine Tugend gemacht, und so wurde aus der ursprünglich geplanten Kraftwagenfahrt ein schneidiger Fußmarsch. — Insgesamt sammelten sich aus den verschiedenen Gebieten 2500 Mann SA. Mittags wurde am Schützenhof angetreten und um 13 Uhr wurde abmarschiert zum Propagandamarsch. Kreuz und quer ging es durch die Stadt, überall von der Bevölkerung freudig begrüßt.

Lediglich die Pollacken von Delmenhorst gebärdeten sich als Anhänger Moskaus dementsprechend. Gottlob bewahrte die Polizei sie davor, ihren Mut beweisen zu müssen! So kam es auf dem ganzen etwa zweieinhalbstündigen Marsch auch nicht zu einem einzigen Zwischenfall, ein Zeichen für die tadellose Disziplin der Nationalsozialisten, das bei den Wahlen sicher nicht unberücksichtigt bleiben wird. Den Abschluß des Propagandamarsches bildete ein Vorbeimarsch vor den SA.-Oberführern Hasse und Herzog der Untergruppen Hannover-Ost und Weser-Ems. Bei der Kritik wurde der Vorbeimarsch der Bremer Stürme besonders anerkennend erwähnt. Anschließend gab es im Schützenhof und anderen Lokalen die traditionelle „Arsenzoppen" von denen ungeheure Mengen vertilgt wurden. Nach kurzer Rast traten gegen 16 Uhr die einzelnen Formationen die Rückfahrt an. Wir Bremer marschierten bis an die Oldenburg-Bremer Landesgrenze., von wo uns dann Lastwagen bis an die Bremer Stadtgrenze beförderten. Alles in allem waren wir annähernd 8 Stunden marschiert, was uns gewiß nicht geschadet hat, zumal wir beim Wegtreten das stolze Gefühl hatten, auch an diesem Sonntag wieder voll unsere Pflicht für Adolf Hitler und den Nationalsozialismus getan zu haben.

Lux, Sturm 2.

15 000 im Sportpalast.

Eine in ihren Ausmaßen selbst für Berlin unerhörte Massenkundgebung veranstaltete der Gau Berlin der NSDAP. am 1. Mai im Sportpalast. 15000 Volksgenossen überfüllten schon lange vor Beginn den riesigen Raum. Zuerst sprach Pg. Betriebsrat Engels über das Thema: „Der Sozialismus, die Lebensfrage der deutschen Arbeiterschaft". Er schilderte die Sehnsucht des deutschen Arbeiters nach Befreiung aus dem unwürdigen Zustand des verachteten fünften Standes, rechnete mit den heuchlerischen Phrasen der marxistischen Volksbetrüger ab und legte Wesen und Ziel eines deutschen Sozialismus dar. Stürmisch begrüßt nahm dann der Berliner Gauleiter der NSDAP., Dr. Goebbels, das Wort, dem nach monatelangem rechtswidrigem Redeverbot unter dem Druck der öffentlichen Entrüstung das Reden in öffentlichen Versammlungen nunmehr wieder gestattet worden ist. Dr. Goebbels kennzeichnete in programmatischen Ausführungen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung als eine Front der Aktivisten und Revolutionäre und legte dar, warum wir Nationalisten, Sozialisten und Antisemiten sind. Der Redner entwarf dann ein Bild vom Schicksalsweg des deutschen Arbeiters in den verflossenen Jahrzehnten, seinen Irrgang im Labyrinth der marxistischen Lüge und sein Hinfinden zur Nation, zum Freiheitsbanner Adolf Hitlers. Weil der Nationalsozialismus eine Bewegung aller mit Hand und Hirn schaffenden Volksgenossen ist, deshalb hat er das Recht, den Feiertag des 1. Mai, den die anderen zu einer lügnerischen Phrase gemacht haben, wieder zu einem Feiertag der deutschen Arbeit zu machen. Der Nationalsozialismus will und wird den 1. Mai den tiefen Sinn wiedergeben, der darin liegt, daß dieser Tag ein Appell nicht an die Klassengesinnung, sondern an die Volksgesinnung ist. Wenn die Hitlerfahnen siegreich über ganz Deutschland wehen, wenn wir daran gehen können, das Deutschland der Arbeit seinen artgemäßen Gesetzen entsprechend neu aufzubauen, dann werden wir alle als deutsche Werktätige der Stirn und der Faust am 1. Mai das Fest der deutschen Arbeit, der deutschen Freiheit feiern.

Gefängnis für Pg. Brückner.

Pg. Helmut Brückner wurde zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, weil er behauptet hatte, daß in Deutschland unter der heutigen Verfassung sogar Landesverräter Minister und Zuchthäusler Reichspräsident werden könnten. Br. hatte nur seine Ansicht über die Möglichkeit geäußert, ohne jemand persönlich als Landesverräter oder Zuchthäusler zu bezeichnen.

Einreiseverbot.

Die österreichische Regierung hat den Parteigenossen Dr. Frank II, Hauptmann Göring, Dr. Goebbels und Esser die Einreise nach Oesterreich zum Gautag der Wiener Parteigenossen verboten. Es hat den Anschein, daß Oesterreich vor den Nationalsozialisten große Angst hat. Der Anschlußgedanke soll wohl nur mit Hindernissen gepflegt werden.

Berliner S.A. in Front!
Trotz Schwindel der Journaille

Zur Besichtigung durch den Stabschef, Oberstleutnant Röhm, hielt der Gausturm Berlin am vergangenen Dienstag einen S.A.-Appell im Sportpalast ab. Schon lange vor Beginn des Appells sammelten und ordneten sich die Züge. Schon lange füllten die ersten Standarten den riesigen Raum und immer neue Stürme drängten nach. Es war ein schweres Stück Arbeit, alle Stürme unterzubringen, der Raum war viel zu eng. Doch schließlich gelang es, die Tausende unter Ausnutzung des letzten Plätzchens ordnungsmäßig unterzubringen. Das also war die „rebellierende" S.A.! 4000 kernige Gestalten, die leuchtenden Auges dem Führer entgegensahen. Flotte Marschweisen umrahmen die Aufstellung und noch ein letzter Schmiß, dann brauste der Gruß der S.A.-Männer dem Führer entgegen und aus 4000 Kehlen: „Heil Hitler!"

Bald eine Stunde dauerte die Besichtigung durch den Stabschef; endlos fast schienen die diszipliniertен Reihen der Kämpfer. Der Eindruck ist überwältigend, wie Kopf an Kopf, Sturm an Sturm die Kämpfer auf den Befehl des Führers warten. Dann sprach Oberstleutnant Röhm zu seinen Kameraden, zu dessen Führer ihn Adolf Hitler berufen hat. Ruhig, kurz und scharf. Der Führer zu seinen Kameraden, die ihm im Kampf um die gemeinsam heilige Soche treue Gefolgschaft leisten. Der Offizier zu seinen Soldaten, denen er vorlebt und wenn es gilt auch vorblutet und stirbt! Sprach von dem Kampfe der Bewegung, der jetzt wieder mit aller Gewalt einsetzt, an dem die S.A. an die Spitze treten muß und wird. — Danach nahm Leutnant Heines, der seit Wochen mustergültig die kommissarische Leitung des Gausturms Berlin inne hat, und den die Bewegung auf dem alten Posten braucht, Abschied von der Berliner S.A. Mit mühsam verhaltener innerer Bewegung dankte Heines den S.A.-Leuten für die Treue, die sie der Bewegung und ihm in den vergangenen bewegten vier Wochen gehalten haben und übergab das Kommando an den neuen Oberführer Berlin, Hauptmann von Petersdorf. Mit dem Horst-Wessel-Lied schloß dieser denkwürdige Appell, der jedem ein bleibendes Erlebnis ist. Wieder einmal wurde entgegen allen Lügen und Verleumdungen die unzertrennliche Verbundenheit zwischen der Bewegung und S.A., den Führern und Gefolgen wuchtig demonstriert.

Man wünschte den Verleumdern der jüdischen Journaille einmal einen solchen Anblick, das Herz würde ihnen sonstwo hinrutschen und ihnen vielleicht, wenn auch nur für kurze Zeit, der traurige „Mut" zu neuen Lügen vergehen.

Unsere Fahrt mit Wolters Autos nach der Porta ist

verschoben!

die Fahrt findet nunmehr am 17. 5. statt

Preis für Hin- u. Rückf.: 6.50 Mk. Anmeldungen bis 14. 5. bei d. Geschäftsstelle d.

B. N. Z. Bahnhofstr. 26